

MINISTERSTVO NÁRODNÍ BEZPEČNOSTI
ARCHIVNÍ A STUDIJNÍ ODBOR

Došlo

Čj. 109 - 5 / 9

Přílohy 109

107 listů
list č. 16; 20 praxdní
14. 8. 2009 Šmel

Krb. 95.

ST S

V. B - 5 / 41.

V. B - 5 / 41 gs f.

Ab s c h r i f t .

Der Reichsprotector
in Böhmen und Mähren.

Prag, den 14. März 1941.

Rpr. 309 / 41

Betrifft: Monatliche Berichte über die
allgemeine politische und
wirtschaftliche Lage im
Protectorat Böhmen und
Mähren.

Bezug: Schreiben vom 8. v. Mts.
- Nr. Rpr. 164/41. -

In der Anlage übersende ich den Lagebericht
für die Zeit von 11. Februar bis 14. März 1941 in drei-
facher Ausfertigung.

gez. Frhr. v. Neurath

An

den Chef der Reichskanzlei

Herrn Reichsminister Dr. Lammers

Berlin N 8

Vollstraße 6

DER REICHSPROTEKTOR
IN BÖHMEN UND MÄHMEN

Der Kabinettschef.
Rpr. 309/41

Prag, den 14. März 1941.

Abschriftlich

Herrn Staatssekretär

z. g. K.

Geheim!

1941

1. 14. 41
1. 14. 41
10015-29

IX-5

2

B e r i c h t

über die allgemeine politische Lage im Protektorat
Böhmen und Mähren für die Zeit vom 11. Februar bis
14. März 1941.

-.-.-.-.-

Die Haltung des tschechischen Volkes hat sich in der letzten Zeit weiterhin versteift. Unter dem Einfluss des feindlichen Rundfunks erwarten die meisten politisierenden Tschechen die deutsche Niederlage.

Die Verhandlungen mit den Berliner Stellen wegen einer ausreichenden Fettversorgung der deutschen Bevölkerung im Protektorat und wegen einer Kantinenversorgung in der Rüstungsindustrie entsprechend der Regelung im übrigen Reichsgebiet haben zu einem befriedigenden Ergebnis geführt. Von dem nächsten Versorgungszeitraum ab werden die erhöhten Zuteilungen an Fett in Kraft treten können.

Der Matrikularbeitrag des Protektorats an das Reich ist für das Jahr 1941 auf 5 Milliarden Kronen festgesetzt worden. Ich habe die Verhandlungen mit der Protektoratsregierung über die Art der Aufbringung dieser Summe - Steuern und Anleiheweg - im Zusammenhang mit der Gestaltung des Protektoratshaushaltes für 1941 aufgenommen. Eine schärfere Veranlagung der Steuerpflichtigen soll ohne Erhöhung der Steuersätze zu einem erhöhten Steuerertrag führen. Es ist deshalb vorgesehen, in die Protektoratsfinanzverwaltung eine kleine Anzahl von höheren, der tschechischen Sprache kundigen deutschen Finanzbeamten einzubauen.

Li-
gez. Frhr. v. Neurath

7. II. 1941
B.d.L. 618/41

3

Prag, den 6. Feber 1941.

Sofort auf den Tisch!

=====

G.R. mit 2 Anlagen

W-Sturmbannführer Marmon

unter Bezugnahme auf den Inhalt der Anlagen und die mit Ihnen gehabte fernmündliche Besprechung zur Kenntnis und weiteren Veranlassung übersandt.

Heil Hitler !

W-Obersturmbannführer.

St. G. JB-4.

4
F Gründe dafür waren die weiteren italienischen
Misserfolge in Afrika, die zunehmende Hilfeleistung
der Vereinigten Staaten von Amerika an England und
die Versteifung der Lage in Frankreich.

St. G. V B - 4

5

Bericht über die allgemeine politische Lage
im Protektorat Böhmen und Mähren für die
Zeit vom 15.1. bis 10.2.41

Die abwartende Haltung des tschechischen Volkes, die besonders in den letzten Tagen des vergangenen Jahres erkennbar war, hat sich allenthalben versteift. Vielfach war eine Zunahme des tschechischen Widerstandswillens und der deutschfeindlichen Haltung zu beobachten.

unpikant
Insbesondere waren es wiederum die italienischen Mißerfolge, die die ursprüngliche Hoffnung der Tschechen auf eine Niederlage der Achsenmächte zur festen Überzeugung werden liessen. Im gleichen Sinne wurden die Maßnahmen zur Behebung wirtschaftlicher Mangelerscheinungen und zur Bekämpfung der Mißstände in der Ernährungswirtschaft als Beweis dafür angesehen, daß der wirtschaftliche Zusammenbruch des Reiches bevorstehe.

Bei dieser Entwicklung fand auch die Rede des Führers zu Ende der Berichtszeit bei den Tschechen wenig Verständnis. Soweit sie doch auf fruchtbaren Boden gefallen war, wurde ihre Wirkung durch die stets anhaltende Flüsterpropaganda beeinträchtigt.

Insbesondere ist es die Oberschicht, die allen positiven Erscheinungen entgegentritt. So bemühte sie sich, die Bestürzung, die die Erörterung der Legionärsfrage in der Zeitschrift "Böhmen und Mähren" und die Beamten-Abbauverordnung in ihren eigenen Reihen ausgelöst haben, auf die große Masse des tschechischen Volkes zu übertragen, das im wesentlichen an diesen Vorgängen keinen Anteil genommen hatte, mit der Tendenz, der Bevölkerung klar zu machen, daß diese Maßnahmen gegen das tschechische Volk gerichtet seien.

Verwaltung und Wirtschaft

Meine Verordnung über die Zwangspensionierung bestimmter Altersklassen von Bediensteten der öffentlichen autonomen Verwaltung hat eine gewisse Unruhe in die Beamtenschaft getragen, die sich sowohl in der Arbeitsleistung, wie in der Stimmung auswirkt. Bei der Uebersetzung des Beamtenkörpers der gesamten autonomen Verwaltung kann kein Zweifel bestehen, dass die Abbauverordnung notwendig war. Die Verordnung wird die Grundlage für eine Gesundung der Beamtenschaft und für die Verbesserung der Gehälter bieten und den Beamten Aufstiegsmöglichkeiten gewähren. Ich plane deshalb in einem begrenzten Umfange eine Lockerung der Beförderungssperre durchzuführen und einzelne Protektoratsbeamte zu befördern, die sich als loyal erwiesen haben.

Neben den Mangelercheinungen auf dem Ernährungsgebiet machen sich immer mehr Verknappungserscheinungen auch auf dem gewerblichen Sektor bemerkbar. Eine grosse Reihe weiterer Textilbetriebe wird in Zeitkürze wegen Rohstoffmangels stillgelegt werden bzw. zu noch einschneidenderer Kurzarbeit übergehen müssen. Wenn die Zuteilung an Spinnstoffen durch die Reichsstellen in Berlin, die mit den im Protektorat aufkommenden Devisen die Einkäufe im Ausland für den hiesigen Raum tätigen, noch weiter gekürzt werden sollte, wird es nicht möglich sein, die entsprechend dem Vorgang im übrigen Reichsgebiet ausgegebene 2. Kleiderkarte voll zu decken.

Infolge der steigenden Rohstoffpreise sind laufende

10.7.41

6a

Preiserhöhungen bei den Fertigwaren auch bei schärfster Kalkulation nicht zu vermeiden. Sie lösen zwangsläufig Lohnerhöhungen aus, die zwar mittels der staatlich gelenkten Lohnpolitik im Protektorat im engsten Rahmen gehalten werden, aber doch eine Erhöhung der Kaufkraft bedeuten. Diese Kaufkraft der breiten Masse stösst auf immer leerer werdende Märkte und erschwert damit die Unterbindung des Schleichhandels. Bei dem Höheren SS- und Polizeiführer, SS-Gruppenführer Staatssekretär Frank, ist zur Bekämpfung des Schleich- und Schwarzhandels ein Wirtschafts-sonderkommando gebildet worden, dem die Ueberwachung und Ausrichtung des beim tschechischen Innenministerium gebildeten Ausschusses für Wirtschaftskontrollen bezw. die Anordnung von Sondermassnahmen obliegt.

Die Kohlenversorgung hat bislang zu grösseren Schwierigkeiten nicht geführt.

Ich gedenke demnächst bei den tschechischen Gewerkschaften einen Verbindungsmann einzusetzen. Er soll die Vorgänge innerhalb der Gewerkschaften beobachten und auf den hiesigen Raum abgestimmte politische und soziale Massnahmen für die Arbeiterschaft im Protektorat in Vorschlag bringen.



93001

zu: 1. 8/4.41

672
F 5.2.
Wf. 5 II

22

Abschrift.

7

Nr. Rpr. 164 / 41.

Prag, den 8. Februar 1941

Betrifft: Monatliche Berichte über die
allgemeine politische und wirtschaftliche
Lage im Protektorat Böhmen und Mähren.

Bezug: Schreiben vom 17. v. Mts.
- Nr. Rpr. 56/ 41. -

P
413/11

In der Anlage übersende ich den Lagebericht für die
Zeit vom 15. Januar bis 10. Februar 1941 in dreifacher
Ausfertigung.

gez. Frhr. von Neurath

An den
Chef der Reichskanzlei
Herrn Reichsminister Dr. L a m m e r s
B e r l i n W 8,
Voßstrasse 6.

Büro des Reichsprotectors

in Böhmen und Mähren,

Nr. Rpr. 164/41.

Prag, den 8. Februar 1941

Abschriftlich

Herrn Staatssekretär

z.g.K.

1/2
bes. am 5. 2. 1941 für den

Unterschied

1. 12/2. 41

[Handwritten Signature]
St. S. 1B-84

8

Bericht über die allgemeine politische Lage
im Protektorat Böhmen und Mähren für die
Zeit vom 15. I. bis 10. II. 1941.

Die abwartende Haltung des tschechischen Volkes, die besonders in den letzten Tagen des vergangenen Jahres erkennbar war, hat sich allenthalben versteift. Vielfach war eine Zunahme des tschechischen Widerstandswillens und der deutschfeindlichen Haltung zu beobachten.

Gründe dafür waren die weiteren italienischen Misserfolge in Afrika, die zunehmende Hilfeleistung der Vereinigten Staaten von Amerika an England und die Versteifung der Lage in Frankreich.

Bei dieser Entwicklung fand auch die Rede des Führers zu Ende der Berichtszeit bei den Tschechen wenig Verständnis. Soweit sie doch auf fruchtbaren Boden gefallen war, wurde ihre Wirkung durch die stets anhaltende Flüsterpropaganda beeinträchtigt.

Verwaltung und Wirtschaft.

Meine Verordnung über die Zwangspensionierung bestimmter Altersklassen von Bediensteten der öffentlichen autonomen Verwaltung hat eine gewisse Unruhe in die Beamtenschaft getragen, die sich sowohl in der Arbeitsleistung, wie in der Stimmung auswirkt. Bei der Übersetzung des Beamtenkörpers der gesamten autonomen Verwaltung kann kein Zweifel bestehen, dass die Abbauverordnung notwendig war. Die Verordnung wird die Grundlage für eine Gesundung

der

der Beamtenschaft und für die Verbesserung der Gehälter bieten und den Beamten Aufstiegsmöglichkeiten gewähren. Ich plane deshalb in einem begrenzten Umfange eine Lockerung der Beförderungssperre durchzuführen und einzelne Protektoratsbeamte zu befördern, die sich als loyal erwiesen haben.

Neben den Mangelercheinungen auf dem Ernährungsgebiet machen sich immer mehr Verknappungserscheinungen auch auf dem gewerblichen Sektor bemerkbar. Eine grosse Reihe weiterer Textilbetriebe wird in Zeitkürze wegen Rohstoffmangels stillgelegt werden bzw. zu noch einschneidenderer Kurzarbeit übergehen müssen. Wenn die Zuteilung an Spinnstoffen durch die Reichsstellen in Berlin, die mit den im Protektorat aufkommenden Devisen die Einkäufe im Ausland für den hiesigen Raum tätigen, noch weiter gekürzt werden sollte, wird es nicht möglich sein, die entsprechend dem Vorgang im übrigen Reichsgebiet ausgegebene zweite Kleiderkarte voll zu decken.

Infolge der steigenden Rohstoffpreise sind laufende Preiserhöhungen bei den Fertigwaren auch bei schärfster Kalkulation nicht zu vermeiden. Sie lösen zwangsläufig Lohnerhöhungen aus, die zwar mittels der staatlich gelenkten Lohnpolitik im Protektorat im engsten Rahmen gehalten werden, aber doch eine Erhöhung der Kaufkraft bedeuten. Diese Kaufkraft der breiten Masse stösst auf immer leerer werdende Märkte und erschwert damit die Unterbindung des Schleichhandels. Bei dem Höheren W- und Polizeiführer, W-Gruppenleiter Staatssekretär Frank, ist zur Bekämpfung

des

des Schleich- und Schwarzhandels ein Wirtschaftskommando gebildet worden, dem die Überwachung und Ausrichtung des beim tschechischen Innenministerium gebildeten Ausschusses für Wirtschaftskontrolle bzw. die Anordnung von Sondermassnahmen obliegt.

Die Kohlenversorgung hat bislang zu grösseren Schwierigkeiten nicht geführt.

Ich gedenke demnächst bei den tschechischen Gewerkschaften einen Verbindungsmann einzusetzen. Er soll die Vorgänge innerhalb der Gewerkschaften beobachten und auf den hiesigen Raum abgestimmte politische und soziale Massnahmen für die Arbeiterschaft im Protektorat in Vorschlag bringen.

gez. Frhr. von Neurath.

11

Prag, den 10. Feber 1941.

1. Vermerk.

Der dem Führer für den Monat Januar 1941 zu erstattende Lagebericht ist vom Reichsprotector unterzeichnet worden. Weiteres ist in der einschlägigen Angelegenheit nicht zu veranlassen. Daher

2. z.d.A.

[Handwritten signature]

St. G. V B-4

Abschrift.

12

**Der Reichsprotector
in Böhmen und Mähren**

Prag, den 17. Januar 1941.

Rpr. 56 / 41.

SD 207/91

Betrifft : Monatliche Berichte über die allgemeine
politische und wirtschaftliche Lage im
Protektorat Böhmen und Mähren.

Bezug : Schreiben vom 17. v.Mts. - Rpr. 1894/40 -

In der Anlage übersende ich den Lagebericht für die
Zeit von Mitte Dezember 1940 bis Mitte Januar 1941 in drei-
facher Ausfertigung.

gez. Frhr. von Neurath.

An den

Chef der Reichskanzlei

Herrn Reichsminister Dr. Lammers

Berlin W 8

Voßstr. 6

**Büro des Reichsprotectors
in Böhmen und Mähren**

Rpr. 56.41.

Prag, den 17. Januar 1941.

Abschriftlich

Herrn Staatssekretär

L. 2.
440-10104. Jähme
zur Kenntnis überandl. z.g.K.

St. S. 18-3

Rpr. 56

Prag 20/1.41

Wassner

B e r i c h t

Über die allgemeine politische Lage im Protektorat
Böhmen und Mähren für die Zeit von 10.12.40-15.1.1941.

Die politische Lage im Protektorat hat sich seit der letzten Berichterstattung im wesentlichen nicht verändert. Durch die Verkehrs- und Ernährungsschwierigkeiten, die italienischen Niederlagen und die Roosevelt-Reden, die von der tschechischen Flüsterpropaganda in gesteigertem Masse gegen das Reich ausgenützt werden, ist die abwartende Haltung des tschechischen Volkes und vor allen der führenden Kreise deutlicher bemerkbar geworden. Die bereits in einem früheren Bericht erwähnte " Umerziehungskaktion des tschechischen Volkes im Sinne des Reichsgedankens " hatte bisher keinen Erfolg.

Auf dem Gebiete der Verwaltung habe ich mich zu einem starken Eingriff gegenüber der Protektoratsregierung entschließen müssen. Der Beamtenkörper der Protektoratsregierung ist stark übersetzt. Das kommt daher, dass die tschechischen Beamten aus der Slowakei und den nach dem Münchner Abkommen abgetrennten Gebieten zunächst vom Protektorat aufgenommen werden mussten. Auch zahlreiche Offiziere und Unteroffiziere sind nach Auflösung der tschechoslowakischen Armee in die Verwaltung übernommen worden. Ich habe die Protektoratsregierung seit 1 1/2 Jahren ersucht, durch einen sachgemässen Abbau dafür zu sorgen, dass ihr Personaletat die nötige Verminderung erfährt und dass dem verbleibenden Teil der Beamtenschaft die erforderlichen Arbeits- und Aufstiegs-

möglichkeiten gegeben werden. Die Protektoratsregierung hat inso-
weit versagt.

Kunmehr habe ich durch eine eigene Verordnung vom 30.
12. 1940 den Abbau nach Altersstufen angeordnet und diese so fest-
gesetzt, dass dadurch der Großteil der Legionäre erfasst wird.

Weitere Massnahmen gegen die Legionäre sind geplant, um
die Bevorzugungen zu beseitigen, die sie früher auf vielen Gebie-
ten des öffentlichen Lebens und der Wirtschaft erfahren haben.

Zwangsläufig wird durch diese Massnahmen eine gewisse
Unruhe in den Beamtenschaft des Protektorates gebracht. Eine
weitere Verschiebung des Beginns des Beamtenabbaues war jedoch
bei der starken Belastung des Etats des Protektorates durch die
Gehälter der überflüssigen Beamten und Angestellten (beinahe
50% der Ausgaben) nicht zu verantworten.

Auf dem Wirtschaftssektor steht die Ernährungsfrage
im Vordergrund. Die nicht ausreichende Fettversorgung schafft in
den deutschen Familien und bei der tschechischen Bevölkerung des
Protektorates immer mehr Beunruhigung. Es kommt dazu, dass für den
am 20. Januar d.J. beginnenden neuen Versorgungsabschnitt die
Butterzuteilung für den Normalverbraucher noch weiter herabge-
setzt werden muss. Es werden nur noch jede zweite Woche 35 g But-
ter ausgefolgt. Nach zuverlässigen Mitteilungen von militärischer
und industrieller Seite ist als Folge dieses Zustandes ein fühl-
barer Leistungsabfall in der Rüstungsindustrie zu verzeichnen.
Es muss Sorge getragen werden, dass die Fettration im Protektorat
so rasch als möglich auf dieselbe Höhe wie im angrenzenden Reichs-
gebiet gebracht wird. Die Verhandlungen mit dem Reichsernährungs-

ministerium haben bislang keinen Erfolg gehabt. Die Bemühungen werden nachdrücklich fortgesetzt. Alle Massnahmen zu einer restlosen Erfassung des im Protektorat selbst aufkommenden Fettes sind getroffen.

Die Bekämpfung des Schleichhandels, an dem sich der Preise und Einkommensverhältnisse wegen die Arbeiterschaft kaum beteiligt, wird weiterhin besondere Beachtung geschenkt. Ein persönlicher Appell an die zuständigen Ressortminister hat diese erneut auf den Ernst der Ernährungslage und die Notwendigkeit einschneidender Massnahmen hingewiesen.

gez. Frhr. von Neurath.

St. S. V Bz

Prag, den 13. November 1940.

Geheim

1. Kanzlei setze auf besonderen Bogen:

K.H. mit 2 Anlagen

W-Obersturmbannführer Böhme,
Prag,

unter Bezugnahme auf den Inhalt der Anlagen zugeleitet.

Bei den Anlagen handelt es sich um die Unterlagen für die Abfassung des am 10.d.Mts. fälligen Lageberichtes an den Führer. Ich habe die Anlagen heute Legationsrat v. Holleben übermittelt, der sie nach der Rückkehr des Reichsprotectors - am 16.d.Mts. - vorlegen wird. Die endgültige Fassung des Berichtes steht also noch nicht fest.

Heil Hitler !

W-Obersturmbannführer.

2. Z.d.A.

St. S. 182

Bericht über die allgemeine politische Lage
im Protektorat Böhmen und Mähren für die Zeit
vom 1.10. bis 31.10.1940.

Seit dem letzten Bericht vom 10.10.1940 hat sich
die politische Lage im Protektorat im wesentlichen
nicht verändert.

Die auf deutsche Veranlassung hin von der tsche-
chischen Regierung und der "Nationalen Gemeinschaft"
in Angriff genommene Umerziehungsaktion im Sinne
des Reichsgedankens hat bisher zu keinerlei posi-
tiven Ergebnissen geführt. Die im gesamten Protek-
torat abgehaltenen Loyalitätsversammlungen waren
durchweg schwach besucht und wurden gleichgültig
oder ablehnend aufgenommen und lediglich als ein
sich aus der politischen Situation ergebendes not-
wendiges Zugeständnis betrachtet.

Nach dem Fehlschlag dieser Versammlungswelle ver-
suchten einige Ausschussmitglieder der "Nationalen
Gemeinschaft" durch radikale Judenerlasse ihre
reichstreue Gesinnung unter Beweis zu stellen. Auch
diese Massnahmen wurden von allen Volksschichten
abgelehnt, Staatspräsident Hácha selbst hat dagegen
Stellung genommen, der Kardinalerzbischof Kasper
hat beim Staatspräsidenten schriftlich Verwahrung
gegen die Judengesetze eingelegt. Ebenso ablehnend
verhielten sich Sokol und Kulturrat. Urheber und
Träger dieser Loyalitätspolitik in der "Nationalen
Gemeinschaft" mussten zurücktreten. Die Auflage-
ziffer der tschechischen Tagespresse, die sich für
die sogenannte Loyalitätspolitik besonders ein-
setzte, ging innerhalb kürzester Zeit um 25% zurück.

Wesentlichen Einfluss auf die Versteifung der antideutschen Haltung der tschechischen Bevölkerung übt vorallem nach wie vor der Auslandsrundfunk und die von ihm ausgehende Flüsterpropaganda aus. Besonders die Aufstellung der tschecho-slowakischen Armee in England, das zwischen der tschecho-slowakischen Regierung in London und der englischen Regierung abgeschlossene und von Benesch und Halifax unterzeichnete Militärabkommen sowie der Briefwechsel zwischen Benesch und König Georg nähren immer wieder in Erinnerung an analoge Vorgänge von 1918 neue Hoffnung. Jeder deutsche militärische oder diplomatische Erfolg wird bagatellisiert bzw. ins Gegenteil umgedeutet.

Die Parolen des Auslandsrundfunke zum 28.10.1940 (Gründungstag der tschecho-slowakischen Republik), unter allen Umständen Ruhe zu halten und keinen Anlass zu deutschen Massnahmen zu geben, sowie die deutschen polizeilichen Vorbereitungen für diesen Tag waren Ursache, dass heuer der 28. Oktober in voller Ruhe und Ordnung verlief. Die Aktionsfähigkeit illegaler Kreise wurde auch durch weitere Massnahmen der Geheimen Staatspolizei gegen die illegale tschechische Widerstandsbewegung gehemmt.

Zusammenfassend wird festgestellt, dass das tschechische Volk auch weiterhin ein Doppelgesicht zeigt, dank der straffen deutschen Führung aber Ruhe und Ordnung herrscht, der tschechische Rüstungsbeitrag zum Kriege geleistet wird und die tschechischen Hoffnungen sich im Abwarten erschöpfen.

Martin Bormann

Reichsleiter

Stabsleiter des Stellvertreters des Führers

27
München, Braunes Haus, den 4. Juli 39.
Berlin, Wilhelmstr. 64
Bo-An.

an St. S. V B A.

Herrn
Staatssekretär Frank.

P r a g .

Sehr geehrter Parteigenosse Frank !

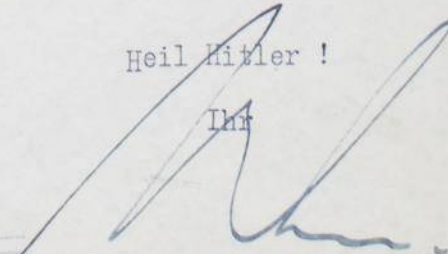
Wie Ihnen der Führer am 25. Juni 1939 sagte, wünschte er einen schriftlichen Lagebericht über die Lage in der Tschechoslowakei. Erst dann, wenn der Führer diesen schriftlichen Lagebericht zur Kenntnis genommen und überlegt haben wird, soll die Rücksprache mit dem Herrn Reichsprotector und Ihnen stattfinden. Darnach halte ich es doch für richtig, dass der schriftliche Lagebericht baldigst an mich für den Führer abgesandt wird.

d. d. d.

Heil Hitler !

Ihr

St. S. V B A.



2. Juli 1939

22

Ab dem Samstags
am 6/8.39.

h 3/4.39.

Lieber Kamerad Stuckart!

Bevor ich Ende dieser Woche auf Urlaub fahre, möchte ich Ihnen die in Aussicht gestellte Situations-
schilderung geben. Hiernach ist die Lage im
Protektorat zweifelsohne die, dass unter den Augen
der tschechischen Regierung von den Kräften, die
das Werk der nationalen Einigung betreiben, zum
aktiven und passiven Widerstand gegen alles, was deutsch
heisst, gerüstet wird. Wieder einmal stehen die Termine
fest, an denen die "Fremdherrschaft" endgültig
gebrochen wird. Der radikalen Strömung der tsche-
chischen Intelligenz und des tschechischen Klerus ist
die zwar wohlwollende, aber im Grunde doch passive
Haltung ihrer Regierung äusserst unerwünscht. Der
Regierung wird eine zu nachgiebige Haltung gegenüber
dem Amt des Herrn Reichsprotektors vorgeworfen, das
infolgedessen in der Lage sei, stets in solchen
Fragen die Initiative zu übernehmen, in denen aus-
gerechnet tschechische Nationalfragen zur Debatte
ständen. Unter diesem Vorzeichen bestehen z.Zt. erheb-
liche Spannungen zwischen der Regierung und dem NS,
dessen Präsident Hrubý, wie sich aus dem Inhalt der
Anlage I ergibt, durch eine geschickte Pressekampagne
wenigstens vorläufig in die Wüste geschickt werden
konnte. Staatspräsident Dr. Hácha ist von den Dingen
stark beeindruckt und trägt sich mit dem Gedanken,
sein Amt zur Verfügung zu stellen. Hácha hat übrigens
am gestrigen Tage den Gendarmeriegeneral Ježek zum
Innenminister ernannt, so dass diese vakante Stelle
nunmehr besetzt ist. Ježek wird nachgesagt, dass er

nur Soldat sei. Aus diesem Grunde war er auch dem Herrn Reichsprotector genehm. Die Lage der tschechischen Regierung hat sich nun dadurch verschärfert, dass in den letzten Tagen auf sie eine Fülle von deutschen Verordnungen, Anordnungen und Wünschen: Arisierungsverordnung, Staatsverteidigungsgesetz, Sprachenverordnung, Einsetzung von Regierungskommissaren in den deutschen Städten und Auflösung der dort bestehenden Gemeindepardamente, Einführung der Arbeitspflicht und ähnliches mehr niedergegangen ist. Sie ist sehr still geworden und es hat den Anschein, als ob sie sich in einer ausgesprochenen Schockstimmung befände. Die Lage, um angesichts dieser Stimmung weitere Forderungen durchzusetzen, ist günstig. Ich benütze deshalb die Gelegenheit, um Ihre Aufmerksamkeit wiederum auf die Fragen der deutschen Bodenpolitik im Protectorat zu lenken. Der Standpunkt, dass sich weder die Partei noch das Amt des Herrn Reichsprotectors mit einer aktiven Bodenpolitik befassen können, findet meine uneingeschränkte Anerkennung. Es war meiner Ansicht nach schon wenig glücklich, dass in die Arisierungsverordnung der jüdische Land- und Forstbesitz einbezogen und die Konskription des entsprechenden jüdischen Vermögens angeordnet wurde. Die tschechische Presse reagierte sofort mit der Behauptung, hier sei der Ausgangspunkt für eine deutsche Bodenpolitik zu suchen und zu erkennen. Ich möchte deshalb der Meinung sein, dass von deutscher Seite die Bodenpolitik nicht zum Gegenstand einer gesetzgeberischen Tätigkeit im Protectorat gemacht wird, dass vielmehr die in diese Richtung zielenden Ansätze ausgemerzt und künftighin unterbunden werden. Statt dessen scheint es mir richtiger zu sein, deutsche Bodenpolitik über die Sektionen VIII und IX des tschechischen Landwirtschaftsministeriums, die bekanntlich im Augenblick von SS-Oberführer v. Gottberg, Berlin, kommissarisch verwaltet werden, unter Anwendung der für unsere

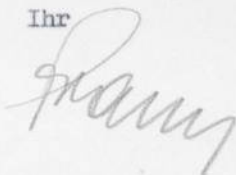
Zwecke ausgezeichneten tschechischen Boden- und Staatsverteidigungsgesetzgebung zu betreiben. Propagandistisch und prestigemässig liesse sich ein derartiger Schritt der tschechischen Regierung gegenüber stets plausibel machen; denn die Regierung erkennt ja an, dass sie auf dem Gebiet der Bodenpolitik nachgewiesenes Unrecht wieder gut machen will, auf der anderen Seite bleibt sie wenigstens nominell Herr des Hauses und es können auch die Belange der tschechischen Landsleute - wenn auch meines Dafürhaltens auf den kärgsten Böden des Protektorates - gewahrt werden. Voraussetzung ist allerdings von unserem Standpunkt aus, dass die Sektionen VIII und IX und die ihnen verwandten Verwaltungszweige eine gewisse selbständige, von den Ressortsministern gelöste Stellung erhalten, eine Stellung, die es verhindert, dass die Regierung in die Ziele und Pläne der deutschen Bodenpolitik zu tief Einblick erhält. Ein entsprechender Verordnungsentwurf, mit dem ich inhaltlich einig gehe, ist als Anlage 2 abgeschlossen. Es ist hierbei eine Frage des politischen Geschickes, ob sich die Regierung zum Erlass der Verordnung bereit finden wird oder ob der Herr Reichsprotector in Erscheinung treten muss. Dass nun die deutsche Bodenpolitik ihre Ausrichtung über den Herrn Reichsprotector zu erfahren hat, bedarf keiner Erörterung. Infolgedessen leuchtet es mir ein, wenn dem Vorschlag, SS-Oberführer v. Gottberg bei dem Amt des Herrn Reichsprotectors zum Generaldezernenten für Wiedergutmachungsfragen unter Uebertragung einer entsprechenden Planstelle zu bestellen, gefolgt würde. Damit wäre sichergestellt, dass nicht nur dem Willen des Herrn Reichsprotectors von Fall zu Fall Rechnung getragen würde, sondern dass auch alle Ressortswünsche erfasst und nach einer einheitlichen Grundauffassung ausgerichtet würden. Ich hatte das Glück, am letzten Sonntag in München dem Vortrage des Reichsführers-SS, beiwohnen zu dürfen, den er dem

Führer über Fragen der deutschen Bodenpolitik im Protektorat hielt. Der Führer war mit der Konzeption des Reichsführers-SS, die ich in den vorstehenden Ausführungen umrissen habe, einverstanden. In diesem Zusammenhang wird es Sie, lieber Kamerad Stuckart, interessieren, dass der Führer von dem Herrn Reichsprotector einen Bericht über die politische Lage im Protektorat angefordert und den Wunsch hat, diesen Bericht zum Gegenstand einer Aussprache zu machen.

Was meinen Urlaub anlangt, so werde ich mit einem Dampfer des Norddeutschen Lloyds eine Fahrt nach der Arktis machen. Dieses Geschenk des Führers hat mich begreiflicherweise sehr gefreut. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn ich nach meiner Rückkehr Gelegenheit hätte, die sicherlich auch in diesem Zeitpunkt noch aktuellen Fragen der deutschen Bodenpolitik im Protektorat auch einmal mündlich mit Ihnen zu erörtern.

Mit herzlichen Grüßen und Heil Hitler

Ihr



Verordnung des Reichsprotectors in Böhmen und Mähren über
das Bodenamt.

Vom

Aufgrund der Verordnung über das Rechtsetzungsrecht im
Protectorat Böhmen und Mähren vom 7. Juni 1939 /RGBl. I
S.1039/ wird verordnet:

§ 1

/1/ Die Sektionen III,2, VI, VII a, VIII und IX
werden aus dem Landwirtschaftsministerium der Protektoratsregierung ausgegliedert und zu einem neuen selbständigen Amt mit der Bezeichnung Bodenamt zusammengefasst.

/2/ Das Bodenamt hat seinen Sitz in Prag.

§ 2

/1/ Der Leiter des Bodenamtes wird vom Ministerpräsidenten der Protektoratsregierung ernannt. Die Ernennung bedarf der Bestätigung durch den Reichsprotector.

/2/ Der Leiter vertritt das Bodenamt gerichtlich und aussergerichtlich. Das Bodenamt kann selbständiger Träger von Rechten und Pflichten sein.

§ 3

Die bisherigen Zuständigkeiten und Befugnisse des Landwirtschaftsministers für die nach § 1 ausgegliederten Sektionen gehen in vollem Umfange auf den Leiter des Bodenamtes über.

§ 4

Der Leiter des Bodenamtes ist dem Finanzminister lediglich zur Rechnungslegung am Ende eines jeden Kalenderjahres verpflichtet.

§ 5

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

§ 6

Die zur Durchführung dieser Verordnung notwendigen
Rechts- und Verwaltungsbestimmungen erlässt der Leiter
des Bodenamtes.

Der Reichsprotector
in Böhmen und Mähren.

2. Juli 1939.

Handwritten notes:
 2/8.39.
 h 3/2.39.

Durch Sonderkurier !

1.)

An
Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei
Heinrich H i m m l e r ,
B e r l i n .

Reichsführer !

Entsprechend Ihrer Anweisung lege ich hiermit in doppelter Ausfertigung drei Ausarbeitungen mit meinen Gedanken über die politische Lage im Protektorat vor. Inzwischen ist insoweit eine Aenderung eingetreten, als Reichsleiter Martin Bormann dem Herrn Reichsprotector in einem persönlichen Anschreiben mitgeteilt hat, dass er (der Reichsprotector) nicht nur den Lagebericht erstatten solle, sondern auch in Kürze zum Führer zur Erörterung der Lage im Protektorat befohlen werde. Der Bericht des Herrn Reichsprotectors wird voraussichtlich zu Beginn der kommenden Woche in der Hand des Führers sein. Meine Anfrage bei Reichsleiter Bormann, ob ich desungeachtet einen Lagebericht vorlegen solle, ist bislang unbeantwortet geblieben. Ich habe dem Herrn Reichsprotector unter diesen Umständen von den Ausarbeitungen lediglich den "Bericht über die Lage im Protektorat Böhmen und Mähren" und die "Verfassungsfrage des autonomen Bereichs" zugeleitet. Ich habe diesen Schritt aus Gründen der Loyalität verantworten zu können geglaubt. Die letzte Ausarbeitung "Ergänzung zu dem Bericht über die Lage im Protektorat Böhmen und Mähren. Bemerkungen über verschiedene Probleme der Politik im Protektorat"

18a

1939

habe ich zurückgehalten, weil sie in ihrer Formulierung völlig persönlich gehalten ist. Indem ich die Ausarbeitungen zur geneigten Durchsicht vorlege, bitte ich, den Gebrauch von ihnen zu machen, der dem Ernste der politischen Lage im Protektorat und der Notwendigkeit, in diesem Gebiet dem politischen vor dem bürokratischen Menschen Geltung zu verschaffen, Rechnung trägt. Ich selbst darf anregen, die Ausarbeitungen dem Führer vorzulegen, damit ihr Inhalt bei der Unterredung, die der Führer dem Herrn Reichsprotector gewährt, berücksichtigt werden kann.

Heil Hitler !

Ihr gehorsamer

Kam

2.) Mit sämtlichen einschlägigen Vorgängen z.d.A.



92978

29

6. Juli 1939.

*1. durch ...
Münch
4/7.39*

1.)

An
Herrn Reichsleiter Martin B o r m a n n ,
M ü n c h e n ,
Braunes Haus .

Sehr geehrter Pg. Bormann !

In Verfolg Ihres Schreibens vom 4.7.1939
- Zeichen Bo-An. - übersende ich hiermit entspre-
chend Ihrer Anregung 3 Ausarbeitungen, die sich
mit der Lage im Protektorat Böhmen und Mähren be-
fassen. Hierzu bemerke ich, dass ich die Ausarbei-
tungen "Bericht über die Lage im Protektorat Böh-
men und Mähren" und "Verfassungsfrage des autonomen
Bereichs" bereits dem Herrn Reichsprotector
in der Annahme zugeleitet hatte, dass ausschliess-
lich ihm die Berichterstattungspflicht obliegen
würde. Der Herr Reichsprotector hat sich bei sei-
nem Bericht, der Anfang dieser Woche an den Füh-
rer abgesandt worden ist, in wesentlichen Punkten
auf den "Bericht über die Lage im Protektorat
Böhmen und Mähren" gestützt und lediglich zur Fra-
ge der Bodenpolitik eine hinsichtlich der Methode
des Vorgehens abweichende Stellungnahme eingenommen.
Die Ausarbeitung "Ergänzung zu dem Bericht über
die Lage im Protektorat Böhmen und Mähren. Bemerk-

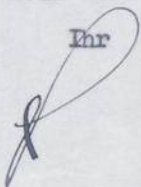
19a

kungen über verschiedene Probleme der Politik im
"Protektorat" habe ich dem Herrn Reichsprotektor
nicht zugeleitet, weil sie in ihrer Formulierung
völlig persönlich gehalten ist.

Wie ich Ihnen bereits mitteilte, bin ich
von heute bis zum 5.8.1939 auf Urlaub, um entspre-
chend einem Wunsche des Führers nach der Kampfzeit
einmal auszuspannen.

Heil Hitler !

Ihr



92977



30

6. Juli 1939.

*H. durch e. d. d. r.
Lüner
6/8.39*

2.)

An

Reichsführer-SS und Chef der Deutschen
Polizei
Heinrich Himmler ,

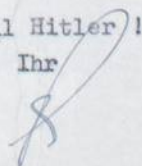
B e r l i n .

Reichsführer !

Soeben erhalte ich die Antwort von Reichsleiter Bormann, er halte es für richtig, wenn ein schriftlicher Lagebericht von mir baldigst an ihn (Reichsleiter Bormann) für den Führer abgesandt würde. Der Herr Reichsprotector hat Anfang dieser Woche seinen Bericht dem Führer übermittelt. Sein Bericht stützt sich im wesentlichen auf meine Ausarbeitung "Bericht über die Lage im Protektorat Böhmen und Mähren" und nimmt lediglich in der Frage der Bodenpolitik einen hinsichtlich der Methode des Vorgehens abweichenden Standpunkt ein. Hierauf habe ich Reichsleiter Bormann hingewiesen, damit nicht der Eindruck entstehe, als fusse ich bei meinen Ausführungen auf dem Bericht des Herrn Reichsprotectors. Der Uebersicht halber habe ich die Antwort von Reichsleiter Bormann als Anlage in Abschrift angeschlossen.

Heil Hitler !

Ihr



3.) Z.d.A.

Verfassungsfrage des autonomen Bereichs

31

I.

Der Protektoratserlass hat den Tschechen eine weitgehende Autonomie mit Hoheitsrechten zuerkannt, deren oberste Repräsentanten Staatspräsident und Regierung sind. Diese Aemter entsprechen den ehemaligen obersten Aemtern des selbständigen tschechoslowakischen Staates. Aus der Kontinuität, die hierzu insbesondere in der Person des Staatspräsidenten Hácha vorliegt, ergeben sich im Zusammenhang mit dem Protektoratsstatut einige wichtige Verfassungsfragen, die zu klären nötig ist. Der Umstand, dass die obersten Aemter der Protektoratsautonomie bei der Schaffung des Protektorates gewissermassen schon besetzt waren, (da man die Inhaber der früher selbständigen Regierungsgewalt auf ihrem nunmehr gewandelten Posten belies) machte es unnötig, in den Erlass Bestimmungen über die grundsätzliche Art ihrer Besetzung aufzunehmen. Auf die Dauer wird aber diese Frage (vorerst zumindest intern) geklärt werden müssen. Anderenfalls könnten sich nachteilige Vorstellungen festsetzen. Der Staatspräsident hat politisch gesehen erstmals sein Amt durch eine Wahl nach den Bestimmungen der alten ö.sl. Verfassung erlangt. Er, wie die Regierung, stützen sich ausserdem bei ihrer Tätigkeit auf das Ermächtigungsgesetz vom 15.12.1938, das also ebenfalls aus der Zeit des selbständigen Staates stammt. Hat damit die selbständige ö.sl. Rechtsordnung eine Art fortwirkende Kraft im gegenwärtigen Protektorat? Die Antwort ergibt sich aus dem Protektoratserlass. Rechtliche und politische Grundlage aller autonomen Aemter damit auch Grundlage ihrer rechtlichen Autorität ist nicht der autonome Bereich, sondern die

Reichshoheit, die sie geschaffen bzw. belassen hat. Wenn sich Staatspräsident und Regierung auf Akte und Gesetze der früheren Zeit stützen, kann das nicht bedeuten, dass sie ihre rechtliche Autorität daraus beziehen. Die Bestimmungen des Artikels 12 des Prot. Erl., wodurch das geltende Recht in Kraft bleibt, sofern es dem Sinne der Schutzübernahme nicht widerspricht, gibt selbstverständlich auch für den Bereich des autonomen Verfassung. Dr. Hácha ist nicht Staatspräsident, weil er von der seinerzeitigen Nationalversammlung gemäss § 56 VU gewählt wurde, sondern weil ihn der Führer in einem Analog gestalteten Amt gelassen hat. Ähnlich verhält es sich mit dem verfassungsrechtlichen Bereich als ganzen. Der Ermächtigungsgesetz, auf Grund dessen Staatspräsident und Regierung heute enttoren, hat seine rechtliche Kraft nicht vom Beschluss der Nationalversammlung vom 15.12.1938, sondern von Art. 12 Prot.Erl., weil es mit dem Sinne des Protektorates vereinbar ist. Dasselbe gilt von der Verfassungsurkunde. Ihre wichtigsten Teile sind zweifellos durch den Vorbehalt des Art. 12 ausser Kraft gesetzt. Andere, die damit vereinbar sind, gelten als autonomes Recht weiter, soweit sie nicht durch Veränderungen im Tatsachenbereich hinfällig geworden sind.

II.

Neben diesen Fragen (sie übrigens in sich schliessend) steht die Frage nach der künftigen Struktur des autonomen Verfassungsbereiches. Dazu ist ein Blick auf die gegenwärtigen Zustände nötig. Die gegenwärtige Verfassungsstruktur des autonomen Bereiches ist ein Gemisch von autoritären und parlamentarischen Formen, wobei die ersteren überwiegen.

Parteien und Parlament sind aufgelöst, Präsident und Regierung stützen sich auf das erwähnte Ermächtigungsgesetz. Es besteht noch der sog. ständige Ausschuss als Rest des Parlamentarismus, ein einst weite Vollmachten besitzendes Organ. In ihm sind die wichtigsten ehemaligen Parteien vertreten. Dieser ständige Ausschuss hängt jetzt freilich staatsrechtlich in der Luft, da es auf die Dauer ohne Parlament natürlich auch keinen ständigen Ausschuss geben kann. Präsident und Regierung wollen ihn daher auch auflösen, wogegen gewisse politische Bedenken bestehen. Der Präsident hat seine Ermächtigung zu weitgehenden Akten benützt. Er hat das Parlament aufgelöst und an seine Stelle eine neue Einrichtung berufen, das Národní Souručeství, eine einstweilen im Flusse befindliche unfertige Schöpfung mit umstrittenen Zuständigkeiten, die eine Art von autoritärem (durch Ernennung berufenes) Parlament darstellen soll.

Die offenen verfassungsrechtlichen Fragen ergeben sich nun aus dem Umstand, dass der Prot. Erl. keine Bestimmungen über die Willensbildung im autonomen Bereich erhält. Nötigenfalls wurden auch hier die dem Reichsprotector nach Art. 5 Abs. 4 zustehenden Rechte Anwendung finden können. Aber zweckmässigerweise werden die Fragen geprüft, so lange die Zeit nicht drängt - Alter und Gesundheitszustand des Präsidenten Hácha - mahnen an und für sich dazu. Praktisch steht daher im Vordergrund die Frage der Bestellung des Staatspräsidenten sowie Art und Rechte des autonomen Volksvertretungsorganes. Es ist alte Protectoratspraxis, Entstehen bzw. Bestehen mehrerer Gruppen in der Protectoratsbevölkerung zu pflegen. Daher besteht m.E. kein Reichsinteresse an der Forderung oder Unterstützung autoritärer

Bestrebungen unter den Tschechen. Das ändert sich freilich, wenn sich unter ihnen eine genügend starke Gruppe fände, die wirklich mit dem Reich zu gehen bereit ist. Diese könnte dann durch autoritäre Formen geschützt werden. Vom gegenwärtigen Národní Soudruženství ist das nicht anzunehmen. Ob es sich bei den zu schaffenden Gruppen um parteiähnliche Organisationen handeln sollte, kann nicht allgemein, sondern nur auf Grund sorgfältiger Untersuchung des tschechischen Lagers beantwortet werden. Zu überlegen wäre, ob man nicht ständische Verfassungsgedanken heranziehen kann. Sie kämen autoritären Strömungen entgegen, andererseits bietet vielleicht der traditionelle ständische Egoismus Ansatzpunkte zu tiefergreifenden Gruppierungen.

Die zweite wichtige Frage betrifft die Art der Bestellung des Staatspräsidenten. Sie hängt zusammen mit der Klärung der Stellung des autonomen Volksvertretungsorganes, weil diesem ja offenbar doch ein Einfluss auf die Bestellung des Staatspräsidenten gewährt werden muss. Angesichts der Bestimmung, dass der Staatspräsident das Vertrauen des Führers und Reichskanzlers besitzen muss, besteht hier genügender Einfluss des Reiches, so dass der autonome Vertretungskörper etwa in Form einer Wahl eines Vorschlagsrechtes oder dergl. stärker beteiligt werden könnte. Im Zusammenhang damit wäre auch das Verhältnis zwischen Staatspräsident und Vertretungskörper bzw. Vertretungskörper und Regierung zu klären.

Ergänzung zu dem Bericht über die Lage im Protektorat
Böhmen und Mähren. Bemerkungen über verschiedene
Probleme der Politik im Protektorat.

Der Bericht über die Lage im Protektorat wird durch
einen Bericht über die derzeitige staatsrechtliche Lage
des Protektorates ergänzt. Dieser Bericht erscheint des-
halb wichtig, weil er für die Erwägung, welche Mass-
nahmen entsprechend der Lage im Protektorat zu er-
greifen sind, unter Umständen massgebend sein kann. Er
ist als Anlage angeschlossen. Bei der Erwägung, welche
Massnahmen zu ergreifen sind, ist der Standpunkt ent-
scheidend, der zum deutsch-tschechischen Problem
schlechthin eingenommen wird. Die Erfahrungen, die auf
Grund des tausendjährigen Volkstumskampfes und auf Grund
der Auseinandersetzungen mit dem früheren tschechos-
lowakischen Staat und seinen Machthabern gewonnen wurden,
gehen dahin, dass es eine echte Versöhnung zwischen
Tschechen und Deutschen nicht geben kann, dass viel-
mehr angesichts der Mentalität der Tschechen der
Herrschaftsanspruch der Deutschen auf allen Lebens-
und Sachgebieten klar und eindeutig herauszustellen und
für immer zu sichern ist. Hierauf muss die Tendenz
aller Massnahmen gerichtet sein, während Art und Grad
der einzelnen Massnahmen von der jeweiligen Lage ab-
hängen. Um dem Anspruch der Deutschen zum Durchbruch
zu verhelfen, sind die Stärkung ihrer - vor allem
der nachwuchsgebundenen - Positionen und die ent-
sprechende Schwächung der Positionen der
Tschechen notwendig. Die Stärkung der

Positionen der Deutschen muss auf organisatorischem Gebiet darauf hinarbeiten, dass in jedem möglichen Falle deutsche Organisationen, die notfalls aus besonderen Fonds finanzstark zu halten sind, neben die tschechischen Organisationen gestellt werden - sei es auf dem Gebiet der gewerblichen Wirtschaft, des kulturellen Lebens usw. Eine Ausnahme wird aus Gründen der Risikoverteilung auf dem Gebiet des Sozialversicherungswesens für die Versicherungsträger zu machen sein. Zu den Positionen, welche die Deutschen verloren haben und die sie unbedingt zurückerobern müssen, zählt u.a. der Sektor "Grund und Boden" im Protektorat. Aus Anlass eines Einzelfalles sind das tschechische Bodenamt und die Sektion VIII des tschechischen Landwirtschaftsministeriums mit einem kommissarischen Leiter - SS-Oberführer v. Gottberg, Berlin - von dem Herrn Reichsprotector besetzt worden. Das Bodenamt, das bis zum Jahre 1935 selbständig war, ist eine Schaffung des Bensch-Staates gewesen und hatte die Aufgabe, systematisch den deutschen Besitz in tschechische Hände zu überführen. Das Bodenamt hat seit seinem Bestehen rund 4 Millionen Fälle bearbeitet, hat 2.400 000 ha enteignet und hat hiervon 21. 000 ha dem tschechischen Landwirtschaftsministerium für die Schaffung von Staatsdomänen und -forsten gegen eine noch offen stehende Forderung von 800 Millionen Kronen übereignet. Die tschechische Bodengesetzgebung ist, da sie sich abseits jeder Kasuistik hält und in ihrer Terminologie sehr dehnbar ist, ausgezeichnet für eine aktive

Bodenpolitik geeignet. Sie braucht nur mit umgekehrten Vorzeichen - nach aussen hin selbstverständlich unter Wahrung der Belange der Tschechen - angewandt zu werden. Eine derartige Taktik würde unter Zuhilfenahme des Bodenamtes und der Sektion IX den Einsatz deutscher Dienststellen auf dem Gebiet der Bodenpolitik erleichtern und dazu beitragen, dass aus Tarnungs- und Prestige Gründen die Ziele auf dem Gebiet der Bodenpolitik im Protektorat nicht unmittelbar in Erscheinung treten. Um diese Taktik mit Erfolg beizubehalten, ist es notwendig, dass möglichst jede gesetzgeberische Tätigkeit auf dem Gebiet der Bodenpolitik von deutscher Seite aus unterbleibt. Etwaige Ansätze wären zu unterbinden. Die Tendenz der Bodenpolitik muss in der Schaffung von West-Ostverbindungen und in einem Unterdrucknehmen des Nord-Ost- und Süd-Westflügels des Protektorates bestehen. Die Ost-Westverbindungen gelangen über die Sicherung der Autobahn Brünn-Wien und über den Oder-Donau-Kanal - es werden zu beiden Seiten der Autobahn und des Kanals 10 km breite Streifen als Schutzstreifen ausgewiesen - zum Zuge, riegeln das Protektorat gegen Polen und die Slowakei ab und verbauen den Tschechen, die dem Druck auf den Nord-Ost- und Südwestflügel ausweichen wollen, die Möglichkeit, im Protektoratsgebiet in der Richtung auf Polen und die Slowakei auszuweichen. Die Folge muss sein, dass ein erheblicher Teil der Tschechen auswandert. Hinzu tritt die Liquidierung des umfangreichen kirchlichen Besitzes im Protektorat. Für die Erreichung der aufgesteckten Ziele ist es nun notwendig, den kommissarischen Leiter des Bodenamtes

und der Sektion VIII zu bestätigen und beide Ressorts nebst den angrenzenden Verwaltungszweigen innerhalb der tschechischen Regierung entsprechend dem früheren Zustand wieder zu verselbständigen. Um die Verbindung zu dem Amt des Herrn Reichsprotectors und ein Hand-in-handgehen mit diesem Ate zu gewährleisten, würde die Bestellung des kommissarischen Leiters des Bodenamtes und der Sektion VIII zum Generaldezernenten für Wieder-gutmachungsfragen bei dem genannten Amt vorteilhaft sein. Der kommissarische Leiter könnte schliesslich auf dem Gebiet der Forst- und Holzwirtschaft des Protektorates auch die marktregelnden Funktionen übernehmen. Damit würde seine Aufgabe in Bezug auf die Verwaltung der Forsten eine Ergänzung erhalten, welche die Ueberführung sämtlicher Forstbelange in reichs-eigenen Besitz am besten und sichersten gewährleistet. Eine Stärkung der Positionen der Deutschen würde es weiterhin bedeuten, wenn die deutsche Wehrmacht und die deutsche Polizei, deren Stärke für einen A-Fall völlig unzulänglich ist, bereits jetzt entsprechend herauf-gesetzt würde. Insonderheit muss die Sicherheits-polizei so ausgebeutet werden, dass sie weder bürokrati-schen Einschränkungen noch unklaren Befehlsverhält-nissen ausgesetzt ist. Die Auswahl der deutschen Beamten und Angestellten für das Protektorat hat nach dem Gesichtspunkt zu erfolgen, dass - namentlich für lei-tende Stellen - nur solche Kräfte abgestellt werden, die bereits über Erfahrungen im Volkstumskampf verfügen. Hierbei muss Klarheit darüber bestehen, dass eine Reihe

von Dingen nicht über den Sektor "Bürokratie" laufen können, dass sie vielmehr den Eigengesetzen der Politik folgen und deshalb auch nur von politisch ausgerichteten Persönlichkeiten und Instanzen erledigt werden können. Unter diesem Gesichtspunkt wird es sich empfehlen, den Deutschen Kulturverband im Protektorat als Träger und Organisator des deutschen Schulwesens zu erhalten und mit einem eigenen, ausreichenden Etat auszustatten. Das deutsche Schulwesen selbst erlebt z.Zt. einen erfreulichen Aufschwung, so dass, wenn zusätzlich die HJ in Verbindung mit dem Landjahr und dem Landdienst eine genügende politische und finanzielle Unterstützung erhält, im Protektorat eine deutsche Führerschicht heranwächst, die auch in Zukunft den Volkstumskampf in dem noch notwendigen Umfange aktiv weiterführt. Ueber die HJ könnte - im Sinne einer Schwächung der Positionen der Tschechen - der Versuch unternommen werden, rassistisch auserlesene und nordisch bestimmte junge Tschechen, die sich in grösserer Zahl unter der Landbevölkerung befinden, deutschen nationalpolitischen Erziehungsanstalten zuzuführen, um sie einzudeutschen. Fehlschläge werden bestimmt eintreten, müssen aber in Kauf genommen werden. Ueber die Einflussnahme und die Stellung der deutschen Wirtschaft im Protektorat lässt sich Abschliessendes erst sagen, wenn die Frage, wie die künftige wirtschaftliche Struktur des Protektorates aussehen soll, beantwortet ist. Eine starke Schwächung der Positionen der Tschechen wäre dadurch zu erreichen, dass ihre Regierung gezwungen würde, eindeutig zu dem Befriedigungsproblem Stellung zu nehmen. Eine derartige Forderung würde von der derzeitigen Regierung wahr-

scheinlich mit ihrem Rücktritt beantwortet werden, das umso wahrscheinlicher, als der Staatspräsident Dr. Hácha der Entwicklung im Protektorat physisch und psychisch nicht mehr gewachsen zu sein scheint. Entweder die derzeitige oder die neue Regierung müsste zur Aufgabe erhalten, die Verständigung mit dem Grossdeutschen Reich unter Anführung der hierfür massgebenden politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Gesichtspunkte in öffentlichen Kundgebungen in allen Städten, Gemeinden und Flecken persönlich zu vertreten. Zu einer Zersetzung des Werkes der nationalen Einigung unter den Tschechen würde es sodann in weitgehendem Umfange führen, wenn ihnen das parlamentarisch-demokratische System und damit das Parlament als Diskussionsstätte erhalten blieben. Das Werk der nationalen Einigung liesse sich weiterhin dadurch beeinträchtigen, dass unter landsmannschaftlichen Gesichtspunkten von verschiedenen Gebieten aus selbständige Arbeiterorganisationen geschaffen würden, die neben der Sorge um eine gerechte Lohn- und Preispolitik es sich zur Aufgabe zu setzen hätten, auf der "Kraft durch Freude"-Grundlage der Arbeiterschaft verschiedene soziale Errungenschaften nach dem Vorbild des Grossdeutschen Reiches zu sichern. Damit gerät die tschechische Arbeiterschaft in einen scharfen Gegensatz zur tschechischen Intelligenz, zur tschechischen Lehrerschaft, zum tschechischen Klerus und zur tschechischen Bürokratie, die sich sämtlich bislang um den Arbeiter nicht gekümmert haben. Ein weiterer Teil der Arbeiterschaft würde sich durch den Ausbau der Verschiebungsaktion

(Ziel: Grossdeutsches Reich) gewinnen lassen. Schwierig ist hierbei nur die Frage, ob damit nicht eine Blutvermischung zwischen Tschechen und Deutschen im Altreich gefördert wird, die unerwünscht ist. Ferner ist die Transferierung der Ersparnisse vom Devisenstandpunkt aus bedenklich. Die tschechische Intelligenz müsste dadurch aufgespalten werden, dass sie planmässig einen Defaitismus zugeführt wird, der teils zu einer Beschränkung der Kinderzahl, teils zur Emigration führt. Insoweit würde die von deutscher Seite indirekt zu veranlassende Einrichtung einer spezifisch tschechischen Emigrantenzentrale - zunächst in Polen oder in Amerika - der Anreiz für die tschechische Intelligenz sein, der Emigration näherzutreten. Dass deshalb die tschechische Gesetzgebung fortan emigrantenfreundlich sein muss, bedarf keiner Erörterung. Die tschechische Jugend wäre vom Wehrsport fernzuhalten und von der Scholle abzuziehen. Der Zug zur Verstädterung kann nur gefördert werden, damit sich ein grosser Teil der tschechischen Volkskraft in den Städten verbraucht und selbst erledigt. Soweit für den freiwerdenden Grund und Boden keine deutschen Einzelsiedler zur Verfügung stehen, kann ein Teil des Landes, soweit er nicht besonders fruchtbar ist, zur Anlage von Truppenübungsplätzen, deren es im Altreich mangelt, benutzt werden. Der fruchtbare Teil des Landes steht für die geschlossene Rücküberführung deutscher bäuerlicher Auslandsiedlungen zur Verfügung.

Ein Wort noch zur deutschen Verwaltungsorganisation im Protektorat! Es würde wechselseitig eine Stärkung der Positionen der Deutschen und eine Schwächung der Position der Tschechen bedeuten, wenn die sogenannten deutschen Sprachinseln in kommunaler und staatlicher Hinsicht aus der Betreuung der tschechischen Regierung entlassen und dem Amt des Herrn Reichsprotektors unterstellt, damit also gewissermassen reichsunmittelbar würden. Es liegt auf der Hand, dass die als Folge eintretende Ausschaltung der gesamten tschechischen Bürokratie den Sprachinseln in kürzester Frist einen rein deutschen Charakter verleihen und sie damit zu Spreng- und Ausgangspunkten für eine Auflockerung der angrenzenden tschechischen Gebiete und ihrer Mentalität machen würden.

Erwünscht wäre schliesslich, wenn das Altreich möglichst junge aktive Kräfte für alle Lebens- und Sachgebiete in das Protektorat abstellen, sowie Ankäufe von Grund und Boden, von kaufmännischen Unternehmen usw. durch kapitalkräftige, fachlich einwandfreie und weltanschaulich zuverlässige Volks- und Parteigenossen fördern und wenn schliesslich mit der Vorstellung aufgeräumt würde, dass das Protektorat für den Altreichsdeutschen eine zu gefährliche Lebenszone sei.

43

Gruppe I 1
I 1 a - 1137g

Prag, den 5. Oktober 1940

Betrifft: Bericht an den Führer für Monat September.

Mit einer Anlage vorzulegen
Herrn Unterstaatssekretär.

Beiliegend überreiche ich den für den Bericht an den Führer
für den Monat September bestimmten Teil der Verwaltung. Ich
darf bitten, ihn zumindest als Anlage des Berichtes zu verwerten.

Handwritten signature

Handwritten notes:
Herrn
7/15

ru

St. G. i. B. 1.

Verwaltung.

Durch eine Verordnung habe ich meine Behörde neu gegliedert und damit eine straffe Zusammenfassung der Spitze der deutschen Verwaltung im Protektorat Böhmen und Mähren erreicht. Auf bisher gewonnenen Erfahrungen aufbauend sind die Oberlandratsbezirke teilweise neu abgegrenzt worden. Ihre Zahl ist verringert und beträgt nunmehr 15. Die Sprengel anderer deutscher Dienststellen, insbesondere der Geheimen Staatspolizei, werden angeglichen, so daß nunmehr im ganzen Protektorat die deutsche Verwaltung straff durchgegliedert ist. Gleichzeitig werden innerhalb des Protektorats einige autonome Verwaltungsgrenzen bereinigt, die durch die Grenzziehung im Herbst 1938 ihren Sinn verloren hatten. Es sind dadurch geschlosseneren Verwaltungsräume gewonnen, die den volkstums- und verwaltungspolitischen, sowie wirtschaftlichen Gegebenheiten gerecht werden. Volkstumspolitisch bedeutsam ist besonders die Erfüllung eines alten Wunsches der Iglauer Sprachinsel nach Vereinigung ^{der} ~~der~~ ^{der} bisher zu Böhmen gehörigen nördlichen Hälfte der Sprachinsel ^{in Iglau} ~~ist~~ mit raumpolitisch ^{aus} zusammenhängenden ~~tschechischen~~ Landesteilen dem Oberlandratsbezirk Iglau angeschlossen ^{worden}. Die autonomen Grenzen, insbesondere die böhmisch-mährische Landesgrenze, werden entsprechend berichtigt.

[Teil der Sprachinsel selbst. Die nördliche Hälfte wird

teil

6910
4857

Prag - 1-10-'40

45

Herrn Staatssekretär K. H. Franz,

Ich darf an Sie zum 10. d. Monats
jäligen politischen Monatsbericht
für den Führer erinnern.

2110
fr Auftrags
mit Pap 26
16

Bozenny

K. H. Franz. 2. Auftrags Nr. 16

ml 21.10.

Uf 3. I.

10. Oktober 1940

46

St.S.539/40

*Abzug. von
11. Okt. 40
No.*

1. An ^HHerrn
Reichsminister Dr. Lammers

B e r l i n .

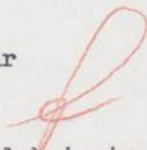
Sehr verehrter ^HHerr Minister!

Seine Excellenz der Herr Reichsprotector ist derzeit von Prag abwesend. Ich überreiche deshalb in zweifacher Ausfertigung den fälligen Bericht über die politische Lage im Protektorat.

St. S. ^I B i

^HHeil Hitler!

Ihr



2. Nach Abgang w. Vorl. bei mir.

Z. d. d. v. L.

Bericht über die allgemeine politische Lage im Protektorat
Böhmen und Mähren für die Zeit vom 10.8. bis 30.9. 1940.

- I. Besonders bedeutsame Ereignisse sind auch in dieser Berichtszeit nicht zu verzeichnen. Die Stimmung der tschechischen Bevölkerung ist nach wie vor abwartend und hat sich trotz verschiedener Einwirkungsversuche führender tschechischer Stellen eher versteift als gebessert. Es ist immer wieder festzustellen, dass alle bedeutsamen politischen Ereignisse wie z. B. der Wiener Schiedsspruch, der Dreimächtepakt usw. nicht geeignet sind, die Haltung des tschechischen Volkes länger als 24. Stunden wesentlich zu beeinflussen. Die immer noch gut funktionierende Flüsterpropaganda, die zum Grossteil durch den ausländischen Funk gesteuert wird, gibt jedem politischen Vorfall sofort eine deutschfeindliche Auslegung. Die bisher nicht erfolgte Landung in England und die Weiterbombardierung deutscher Städte wirken sich deutlich stimmungshobend auf die Tschechen aus. Sie hoffen auf einen baldigen Kriegseintritt der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion. Die letztere Parole wird wesentlich gefördert durch eine erhöhte panslawistisch verbrämte Propaganda der Kommunisten. Von besonderer Wirkung auf die tschechische Intelligenzschicht war die Sonderbotschaft Churchills im Londoner Rundfunk vom 30.9. abends, an die Bevölkerung der Tschechoslovakei, in der Churchill zum ersten Mal als englisches Kriegsziel die Wiederherstellung

94
7a

Wiederherstellung der tschechoslowakischen Republik ausdrücklich ausspricht.

Hinzu kommt, dass man nach der Aufhebung der Zollgrenze am 1.10. 1940 mit einem erhöhten Mangel an Lebensmitteln rechnet, obwohl durch die Errichtung der Polizeigrenze und die erlassenen Verbringungsverbote ein grösserer Abzug von Lebensmitteln nach dem Reich verhindert werden soll. Die Flüsterpropaganda hat in allen Teilen des Protektorates die Ansicht verbreitet, dass im zweiten Kriegswinter mit einer Hungers - und Kohlennot zu rechnen ist.

Von den massgeblichen tschechischen Stellen wurde bisher nichts oder zu wenig getan, um diese bedenkliche Einstellung der tschechischen Allgemeinheit zu beseitigen. Dies wurde deutlich erkennbar, durch die Auswirkung der bekannten Rede des Reichsministers Dr. Goebbels am 11.9.1940 vor tschechischen Künstlern und Journalisten in Berlin. Nach der ersten Schockwirkung, die auch bei der Regierung einige Tage anhielt, will man nunmehr wirkliche Loyalität beweisen und eine grossangelegte Um-erziehungsaktion einleiten. Hierzu will man sich vor allem des neuen Ausschusses der NG (Einheitspartei) und des Verbandes für die Zusammenarbeit mit den Deutschen bedienen. Der letztgenannte Verband hatte auch tatsächlich bei einer Versammlung am 28.9.1940 in Prag eine bis dahin nicht gekannte Besucherzahl von 4 000 Personen aufzuweisen.

Nach den bisherigen Erfahrungen ist anzunehmen, dass die anti-deutschen Einflüsse sich als stärker erweisen als die vielleicht ernst



92959

ernst gemeinten Massnahmen, die ein besseres Verhältnis zum Reich herbeiführen sollen. Wenn sich diese Annahme bestätigt, ist es immerhin möglich, dass in diesem Winter wegen der gespannten Lage auf dem Gebiet der Nahrungsmittel- und Kohlenversorgung Schwierigkeiten auftreten können.

II. Aus dem Verwaltungssektor ist zu berichten, dass der Organisation des Amtes zur strafferen Ausrichtung eine neue Aufgliederung gegeben wurde. Ausserdem wurde die Zahl der Oberlandratsämter verringert (jetzt 15) und damit ausser dem Gebot der im allgemeinen Interesse liegenden Personalersparnis auch volkstums- verwaltungs- und wirtschaftspolitischen Notwendigkeiten Rechnung getragen. Volkstumspolitisch bedeutsam ist besonders die Vereinigung der bisher zu Böhmen gehörigen nördlichen Hälfte des Iglauer Sprachinsel mit der für diese Sprachinsel zuständigen deutschen Verwaltungsbehörde. Die nördliche Hälfte wurde mit raumpolitisch zusammenhängenden Landesteilen ausserhalb der Sprachinsel dem Oberlandratsamt Iglau zugeteilt.

Auf dem Wirtschaftssektor stand die Aufhebung der Zollgrenze im Vordergrund der Arbeit des Amtes. Die durch die Aufhebung der Zollgrenze bedingte Anpassung an das Preis- und Lohnniveau der angrenzenden Gebiete bereitet, soweit das Lohnniveau in Frage kommt, Schwierigkeiten. Das Lohnniveau lässt sich ohne Rückwirkung auf das Preisniveau, das bereits den Reichsdurchschnitt erreicht hat, nur zu Lasten der Wirtschaft und ihrer Finanzkraft heben. Hierdurch entsteht für die Angestellten - und Arbeiterschaft eine so unbefriedigende soziale Lage, dass unter dem Druck der antideutschen Einflüsse in

Verbindung

48a

Verbindung mit der gespannten Lage auf dem Gebiet der
Nahrungsmittel- und Kohlenversorgung unter Umständen - wie
bereits angedeutet - mit gewissen Störungen der öffentlichen
Ruhe und Ordnung gerechnet werden kann.

Prag, den 10. Oktober 1940.

gez. K.H. Frank.



92958



Büro des Staatssekretärs
 beim Reichsprotector
 in Böhmen und Mähren.
 Eing.: 22. OKT. 1940
 Tgb. Nr.:

Der Reichsminister und Chef
 der Reichskanzlei
Rk. 700 B g

Berlin W. 8, den 19. Oktober 1940
 Poststraße 6
 z. Zt. Berchtesgaden **49**

An
 Herrn $\frac{1}{4}$ -Gruppenführer
 Staatssekretär F r a n k

Geheim

P r a g .

Sehr verehrter Herr Frank!

Ich bestätige ergebenst den Eingang Ihres Schreibens vom 10. Oktober 1940. Der Führer hat von Ihrem Bericht über die politische Lage im Protektorat für die Zeit vom 10. August bis 30. September Kenntnis genommen.

Heil Hitler!

Ihr

[Handwritten signature: G. Ramm]

[Handwritten in red: 22/10]

[Handwritten in blue: 1/4 u. d.]

St. G. *[Handwritten in blue: 1. 22/10. 40.]*

Bericht über die allgemeine politische Lage im Protektorat
Böhmen und Mähren für die Zeit vom 10.8. bis 30.9. 1940.

- I. Besonders bedeutsame Ereignisse sind auch in dieser Berichtszeit nicht zu verzeichnen. Die Stimmung der tschechischen Bevölkerung ist nach wie vor abwartend und hat sich trotz verschiedener Einwirkungsversuche führender tschechischer Stellen eher versteift als gebessert. Es ist immer wieder festzustellen, dass alle bedeutsamen politischen Ereignisse wie z. B. der Wiener Schiedsspruch, der Dreimächtepakt usw. nicht geeignet sind, die Haltung des tschechischen Volkes länger als 24. Stunden wesentlich zu beeinflussen. Die immer noch gut funktionierende Flüsterpropaganda, die zum Grossteil durch den ausländischen Funk gesteuert wird, gibt jedem politischen Vorfall sofort eine deutschfeindliche Auslegung. Die bisher nicht erfolgte Landung in England und die Weiterbombardierung deutscher Städte wirken sich deutlich stimmungshobend auf die Tschechen aus. Sie hoffen auf einen baldigen Kriegseintritt der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion. Die letztere Parole wird wesentlich gefördert durch eine erhöhte panslawistisch verbrämte Propaganda der Kommunisten. Von besonderer Wirkung auf die tschechische Intelligenzschicht war die Sonderbotschaft Churchills im Londoner Rundfunk vom 30.9. abends, an die Bevölkerung der Tschechoslovakei, in der Churchill zum ersten Mal als englisches Kriegsziel die Wiederherstellung

50a

Wiederherstellung der tschechoslowakischen Republik ausdrücklich ausspricht.

Hinzu kommt, dass man nach der Aufhebung der Zollgrenze am 1.10. 1940 mit einem erhöhten Mangel an Lebensmitteln rechnet, obwohl durch die Errichtung der Polizeigrenze und die erlassenen Verbringungsverbote ein grösserer Abzug von Lebensmitteln nach dem Reich verhindert werden soll. Die Flüsterpropaganda hat in allen Teilen des Protektorates die Ansicht verbreitet, dass im zweiten Kriegswinter mit einer Hungers - und Kohlennot zu rechnen ist.

Von den massgeblichen tschechischen Stellen wurde bisher nichts oder zu wenig getan, um diese bedenkliche Einstellung der tschechischen Allgemeinheit zu beseitigen. Dies wurde deutlich erkennbar, durch die Auswirkung der bekannten Rede des Reichsministers Dr. Goebbels am 11.9.1940 vor tschechischen Künstlern und Journalisten in Berlin. Nach der ersten Schockwirkung, die auch bei der Regierung einige Tage anhielt, will man nunmehr wirkliche Loyalität beweisen und eine grossangelegte Um-erziehungsaktion einleiten. Hierzu will man sich vor allem des neuen Ausschusses der NG (Einheitspartei) und des Verbandes für die Zusammenarbeit mit den Deutschen bedienen. Der letztgenannte Verband hatte auch tatsächlich bei einer Versammlung am 28.9.1940 in Prag eine bis dahin nicht gekannte Besucherzahl von 4 000 Personen aufzuweisen.

Nach den bisherigen Erfahrungen ist anzunehmen, dass die anti-deutschen Einflüsse sich als stärker erweisen als die vielleicht ernst

92956



Verbindung mit der gespannten Lage auf dem Gebiet der
Nahrungsmittel- und Kohlenversorgung unter Umständen - wie
bereits angedeutet - mit gewissen Störungen der öffentlichen
Ruhe und Ordnung gerechnet werden kann.

Prag, den 10. Oktober 1940.

gez. K.H. Frank.

51a

II.

ernst gemeinten Massnahmen, die ein besseres Verhältnis zum Reich herbeiführen sollen. Wenn sich diese Annahme bestätigt, ist es immerhin möglich, dass in diesem Winter wegen der gespannten Lage auf dem Gebiet der Nahrungsmittel- und Kohlenversorgung Schwierigkeiten auftreten können.

II. Aus dem Verwaltungssektor ist zu berichten, dass der Organisation des Amtes zur strafferen Ausrichtung eine neue Aufgliederung gegeben wurde. Ausserdem wurde die Zahl der Oberlandratsämter verringert (jetzt 15) und damit ausser dem Gebot der im allgemeinen Interesse liegenden Personalsparnis auch volkswirtschafts- verwaltungs- und wirtschaftspolitischen Notwendigkeiten Rechnung getragen. Volkswirtschaftspolitisch bedeutsam ist besonders die Vereinigung der bisher zu Böhmen gehörigen nördlichen Hälfte des Iglauer Sprachinsels mit der für diese Sprachinsel zuständigen deutschen Verwaltungsbehörde. Die nördliche Hälfte wurde mit raumpolitisch zusammenhängenden Landesteilen ausserhalb der Sprachinsel dem Oberlandratsamt Iglau zugewiesen.

Auf dem Wirtschaftssektor stand die Aufhebung der Zollgrenze im Vordergrund der Arbeit des Amtes. Die durch die Aufhebung der Zollgrenze bedingte Anpassung an das Preis- und Lohnniveau der angrenzenden Gebiete bereitet, soweit das Lohnniveau in Frage kommt, Schwierigkeiten. Das Lohnniveau lässt sich ohne Rückwirkung auf das Preisniveau, das bereits den Reichsdurchschnitt erreicht hat, nur zu Lasten der Wirtschaft und ihrer Finanzkraft heben. Hierdurch entsteht für die Angestellten - und Arbeiterschaft eine so unbefriedigende soziale Lage, dass unter dem Druck der antideutschen Einflüsse in

Verbindung

92955



an der Spitze das ČNST, das sich in seiner Organisation auf die Bewegung der "Vlajka" (Flagge) stützt. Zu der ständig wachsenden Zahl von deutschfreundlichen Kundgebungen steht die Zahl der täglich erfolgenden Festnahmen und Verhaftungen im entsprechenden Verhältnis. Die Einbruchsstelle in den "Widerstandskreis" und in die KPČ erweitert sich mehr und mehr. Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang die Tatsache, dass die tschechische Erneuerungsbewegung auf kulturellem Gebiet erhebliche Fortschritte macht. Theater, Konzert und Buch sind Mittel, die geschickt zum Bewusstbleiben des tschechischen Eigenwertes und -lebens verwandt werden. Dazu kommt, dass die tschechischen Turn- und Sportbewegung ungestört ihrer Arbeit nachgeht. Die deutschfeindlichen Tendenzen im Protektorat werden von den bekannten weltanschaulichen Gegnern des Nationalsozialismus wirksam unterstützt.

Durch den Krieg bedingt, kann im Protektorat zunächst nur eine oberflächliche äussere Eindeutschung stattfinden. Hier ist beispielsweise auf dem Gebiet der Ortsnamen - wie das angeschlossene Handbuch beweist - das Notwendige getan. In diesen Tagen ist die gesamte Strassennamengebung für den Kommunalbezirk Gross-Prag den deutschen Wünschen angepasst worden. Das sich hierauf beziehende Handbuch folgt.

Die wirkliche innere Eindeutschung, die über das Schicksal des Protektorates entscheiden muss und wird, bedarf in Kürze der abschliessenden Generalplanung. Diese Generalplanung, die u.U. an den Bestand des Protektorates rührt, führt zu der Frage, ob die Länder Böhmen und Mähren aus Gründen des Volkstumskampfes als Verwaltungseinheit erhalten bleiben oder ob - Anzeichen für derartige Bestrebungen sind vorhanden - die Länder Böhmen und Mähren entsprechend der territorialen Zuständigkeit der Gaue Bayrische Ostmark, Niederdonau, Oberdonau und Sudetenland den hier bestehenden Verwaltungszentren angeschlossen werden. Ich habe zu diesen Dingen meine Gedanken ausgearbeitet und möchte sie Ihnen im Rahmen der Berichterstattung über die politische Situation im Protektorat vortragen. Weiterhin muss die Frage beantwortet werden, welches Reichsressort für die Durchführung der Volkstums-

politik im Protektorat verantwortlich sein soll.

Entscheidend für den Eindeutschungsprozess sind die sich auf die Durchführung der Bodenreform und die Einflussnahme auf die Wirtschaft beziehenden Pläne. Auf dem Gebiet der Bodenreform liegen brauchbare, vom Bodenamt ausgearbeitete Pläne zu der Frage vor, wie die Aufteilung von Grund und Boden - Gross-, Mittel- Kleinbesitz - gedacht ist. Offengeblieben ist die Frage, wer der Träger der Siedlung werden soll. Ungünstig sehen die Dinge in der Wirtschaft aus. Es ist zwar eine merkliche Einflussnahme verschiedener deutscher Grosskonzerne im Protektorat spürbar. Das kommt aber nur einer Auswechslung der leitenden Person gleich - ohne nennenswerte Rückwirkungen auf die Stärkung der Zahl der deutschen Angestellten und Arbeiter und deren soziale und wirtschaftliche Betreuung. Schlecht bestellt ist es weiterhin um die gewerbliche Wirtschaft. Der Typ des deutschen Kaufmanns, der bislang im Protektorat in Erscheinung getreten ist, betrachtet die Wirtschaft zu sehr vom Ertragsstandpunkt und zu wenig von dem Standpunkt, dass er mit seiner Familie und seinen Nachfahren im Protektorat bodenständig werden soll. Die deutsche Bevölkerung des Protektorates muss auch zu ihrem Teile Anwärter für die Führerschicht stellen, umso mehr, als das Aufwachsen im Protektorat eine gute Vorbedingung für eine erfolgreiche deutsche Arbeit im Südosten ist. Wenn sich auf Grund der vorstehenden Ausführungen die Durchführung der Generalplanung realisieren lässt, so hätte das den Vorteil, dem Führer eine aus den Erfahrungen des Volkstumskampfes im Protektorat gewonnene und den Notwendigkeiten der völkischen Zukunft gerecht werdende Lösung für das Schicksal der im Protektorat zusammengeschlossenen Länder Böhmen und Mähren zu gegebener Zeit vortragen zu können.

Zur Lage im Protektorat kann ich weiterhin berichten, dass die Tätigkeit des Sicherheitsdienstes und der Geheimen Staatspolizei sehr befriedigende Ergebnisse erzielt. Die Ausbildung der Einheiten der Ordnungspolizei nimmt ihren planmässigen Fortgang.

Die Waffen-; hat im Protektorat ihren guten Ruf gewahrt.

Die Ersatzmannschaften machen einen vorzüglichen Eindruck.

Der 1/4-Abschnitt XXXIX hat am 23.6.1940 seine ersten 1/4-Kampfspiele durchgeführt. Der Ablauf der Spiele und die Beteiligung können als ein Erfolg gebucht werden.

Das Verhältnis zum Reichsprotector ist unverändert. Die Belange des Sicherheitsdienstes und der Geheimen Staatspolizei konnten dem Interesse des Reichsprotectors nähergebracht werden.

An aktuellen Verwaltungsproblemen im Amt des Reichsprotectors stehen z.Zt. im Vordergrund des Interesses die Unterstellung der historischen Bodenerforschung unter die deutsche Aufsicht, sodass tschechisches Personal ohne die Beteiligung der deutschen Aufsicht keine Ausgrabungen mehr vornehmen darf. Ich wäre dankbar, wenn ich in Bezug auf die Gestaltung der Bodenerforschung Ihre Wünsche erfahren dürfte und wenn Sie mir Wissenschaftler namhaft machen würden, die ich in die deutsche Aufsicht einbauen kann.

Mit dem Stab des Stellvertreters des Führers ist in der Frage der Neugestaltung des deutschen Schulwesens die Verbindung in der Richtung aufgenommen worden, dass das deutsche Schulwesen aus der Zuständigkeit der Protektoratsregierung gelöst und in die Zuständigkeit des Reiches überführt wird.

Die deutschen Hochschulen im Protektorat laufen Gefahr, durch eine zu engherzige Etatgebarung des Reichsfinanzministeriums schlechter als zu Zeiten der tschecho-slowakischen Republik gestellt zu werden. Der Rektor der Deutschen Karlsuniversität Prag, SS-Oberführer Prof.Dr. Saure, verfißt auch insoweit die Belange der deutschen Hochschulen mit Nachdruck.

Die biologische Betreuung der deutschen Bevölkerung im Protektorat auf der Grundlage von Reihen-Röntgen-Untersuchungen, der Bekämpfung der TBC, der Zuteilung von Vigantol, der Kinder- und Mütterverschickung usw. wird, da inzwischen das Reichsfinanzministerium Mittel zur Verfügung gestellt hat, endlich zum Zuge kommen.

Die Durchdringung der Ressorts der Protektoratsregierung

mit deutschen Beamten und Angestellten macht weitere Fortschritte. So ist es gelungen, in die Landesbehörden Böhmen und Mähren zwei $\frac{1}{2}$ -Führer - $\frac{1}{2}$ -Obersturmbannführer Schubert und $\frac{1}{2}$ -Obersturmbannführer Dr. Schwabe - als Landesvizepräsidenten einzubauen. Nach langwierigen Verhandlungen mit dem Reichsfinanzministerium konnte auch die für die deutschen Beamten notwendige Anpassung an die Reichsbesoldung in Form einer pensionsfähigen Ausgleichszulage dem Grundsätze nach sichergestellt werden.

Die Zusammenarbeit mit der Parteiverbindungsstelle lässt zu wünschen übrig. Es fehlt an einer ausreichenden Information, sodass der Eindruck entsteht, als ob die Verbindungsstelle auf eine eigene und vom Amt des Reichsprotectors möglichst unbeeinflusste Arbeit Wert legt. Diese Erscheinung wird von $\frac{1}{2}$ -Brigadeführer Gauleiter Dr. Jury nicht gebilligt, geht vielmehr auf seinen Vertreter zurück, der ein - persönlich begreifliches - Interesse daran hat, für die Verbindungsstelle in der Anlaufzeit eine Reihe seiner Initiative entspringender Erfolgsentscheidungen zu verzeichnen. 03890

Die Arbeit der Partei selbst leidet im Protektorat z.T. unter einem ausgesprochenen hauptamtlichen Personalmangel und z.T. darunter, dass - beispielsweise auf kulturellem Gebiet - nicht immer eine sachliche, dem Volkstumskampf angepasste Linie eingehalten wird, vielmehr der Wunsch besteht, die Tätigkeit unter persönlichen Gesichtspunkten stark in Erscheinung treten zu lassen.

Die Arbeit der HJ ist durch den Krieg gehemmt. Desungeachtet habe ich den Eindruck, dass der Nachwuchs der HJ im Protektorat gut ist und ohne irgendwelche Zersetzungserscheinungen aufwächst.

Der Ausbau des deutschen kulturellen Lebens im Protektorat macht dank der entgegenkommenden Haltung des Reichspropagandaministeriums weitere Fortschritte. So ist es u.a. gelungen, durch namhafte Zuschüsse des Reichspropagandaministeriums das Sudetendeutsche Philharmonische Orchester als deutsches Symphonieorchester Prag und damit dem Protektorat zu erhalten.

Das Verhältnis der Wehrmacht ist mit Ausnahme des Ver-

hältnisses zum Wehrmachtbevollmächtigten gut. In Prag ergeben sich aus der Kompetenz des Wehrmachtbevollmächtigten immer noch mannigfache Schwierigkeiten, die aber durchweg im Sinne der von Ihren Organen vertretenen politischen Auffassung bereinigt werden können. Unverständlich bleibt nach wie vor die sehr positive Einstellung der Wehrmacht zur Regierungstruppe.

Die Beschäftigungslage in der gewerblichen und industriellen Wirtschaft des Protektorats ist, soweit die Herstellung von Kriegsbedarfsartikeln betrieben wird, sehr gut. In der Textilindustrie machen sich dagegen erhebliche Rohstoffschwierigkeiten bemerkbar. Entsprechend dem im Zuge der Angleichung an die Preisverhältnisse im Altreich zugelassenen Ansteigen der Preise für lebenswichtige Bedarfsartikel ist der tschechischen Arbeiterschaft neuerdings eine 50 Heller-Zulage pro Stunde zugestanden worden.

Die Werbung unter der tschechischen Arbeiterschaft zum Arbeitseinsatz im Altreich geht weiter und hat gerade in den letzten Tagen zu einer lebhaften Kontroverse geführt, als 4 000 Mann aus dem Protektorat zum Bau eines Hydrierwerkes in dem volkstumsmäßig gefährdeten Brüx angefordert wurden. Ich habe durchgesetzt, dass die tschechischen Arbeiter kaserniert und nach Kriegsende sofort wieder abtransportiert werden. Es geht nicht an, Fehler der Gründerzeit zu wiederholen und die von der tschechischen Bevölkerung gerade gesäuberten sudetendeutschen Gebiete der slavischen Unterwanderung erneut auszusetzen.

Der Stand der Saaten im Protektorat lässt den Schluss zu, dass mit einer mittleren bis guten Getreide- und Kartoffelernte zu rechnen ist. Die Obstkulturen haben ebenso wie die Forstkulturen infolge des harten Winters ungewöhnlich stark gelitten. Mit einer genügenden Steinobsternte kann nicht gerechnet werden.

Ich werde mir erlauben, Ihnen in Kürze einen weiteren einschlägigen Bericht vorzulegen.

Heil Hitler!
Stets Ihr

58

29. Juni 1940.

St.S. 416-1/40.

An
W-Gruppenführer Heydrich,
Berlin,
Reichssicherheitshauptamt.

Lieber Heydrich !

Die angeschlossene Durchschrift eines dem Reichsführer-
W erstatteten Berichtes nebst einer Ausfertigung des
Amtlichen Deutschen Ortsbuches für das Protektorat
Böhmen und Mähren übersende ich mit der Bitte um
Kenntnisnahme.

Heil Hitler!

Ihr


Soudebericht num 59

Bericht über die polit.
Lage im Protektorat

5. 3. - 10. 4. 43

von K. H. Frouh

Blatt

Nummer 8. 4. 43 4/4

(an K. H. weitergegeben)

5.6.41.

Abteilung I

I 1 a - 417

Archiv des Staatssekretärs beim
Reichsprotector in Böhmen und Mähren.

Prag, den 6. Mai 1941

60

Geheim!

Herrn Unterstaatssekretär

In der Anlage lege ich den Teil Verwaltung und Wirtschaft
für den Bericht an den Führer für den Monat April 1941
mit der Bitte um Weiterleitung vor.

Handwritten: 1. Staatssekretär

Handwritten: 6/5

Handwritten: 6



Handwritten signature: Frick

Handwritten: 6/5
M. M.

Handwritten: 4
i. d. d.
G. G.
1. 4/6. 41.

Bericht über die politische Lage
im Protektorat Böhmen und Mähren
für die Zeit vom 10.4. - 10.5.1941.

67

Das Protektorat stand in der Berichtszeit stimmungsmässig überwiegend unter dem Einfluss von Gerüchten, die sich mit einer bevorstehenden kriegerischen Auseinandersetzung zwischen Deutschland und Russland befassten. Die Auswirkung dieser Stimmung bestand im Wesentlichen in einer Verstärkung des ^{Risikos} Risikos, auf das ich im Vorbericht hingewiesen habe und das darin besteht, dass für die Kriegsführung des Reiches wesentliche Einrichtungen des Protektorats Sabotagehandlungen ausgesetzt sind. Der bedenkliche Übergang vom passiven Widerstand zum aktiven Widerstandswillen führte zu einer umfassenden Aktion der Geheimen Staatspolizei gegen die illegale Sozialdemokratische Bewegung. Die Aktion wurde ausgelöst, weil die illegale Sozialdemokratische Partei mit einer planmässigen Sabotageaktion beginnen wollte. Es sollten z.B. aus den Schmierbüchsen der Eisenbahnwagens (Militärtransporte) die Öldochte entfernt werden, um ein Heisslaufen der Lager zu verursachen.

Unter den Festgenommenen befindet sich der langjährige Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei in der ehemaligen CSR, Anton H a m p l , der auch jetzt noch wichtige Funktionen in der gesamten Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung im Protektorat inne hat. Zwar lässt sich der Erfolg der Aktion im ganzen Umfang noch nicht überblicken, fest steht jedoch bereits, dass der Zugriff zur rechten Zeit erfolgte. Da die festgenommenen Personen in der tschechischen Bevölkerung im besonderen Ansehen stehen, ist beabsichtigt, das tschechische Volk über die umfangreiche Tätigkeit dieser Personen bei der Eigenversorgung mit Fleisch, Fett und Lebensmitteln im Wege des Lebensmittel-schleichhandels aufzuklären.

Glax 21

Die Zunahme des Widerstandswillens in der breiten Masse war ausserdem Anlass zu einem Betätigungsverbot für den gesamten Sokolverband, dem zu gegebener Zeit weitere Massnahmen folgen werden. Die Niedergeschlagenheit der führenden deutschfeindlichen Kreise, die bereits durch die deutschen Erfolge auf dem Balkan hervorgerufen war, wurde hierdurch noch wesentlich verstärkt. Auf der anderen Seite hat der Staatspräsident Dr. H a c h a wider Erwarten bei mir nicht interveniert, sondern im Gegenteil zum Ausdruck gebracht, dass er das ausgebrachte Betätigungsverbot als Erleichterung empfände.

Die aus dem deutschenfeindlichen Verhalten einiger Minister hervorgegangene Krise der Protektoratsregierung, über die ich berichtet habe, hat bemerkenswerter Weise keine besondere stimmungsmässige Auswirkung gezeigt. Hervorzuheben ist, auch in diesem Zusammenhang, dass mir der Staatspräsident nach der Amtsenthebung des Ministers H a v e l k a seine persönliche Befriedigung über diese Lösung mitgeteilt hat.

V. Nachher... (faint handwritten notes in red ink)

Am 25. Oktober 1918



falls... (faint handwritten notes in blue ink)

(faint handwritten notes at the bottom of the page)

Verwaltung und Wirtschaft

62
135
Münster!

Nach eingehendsten ~~Besprechungen~~ mit allen beteiligten Stellen sind nunmehr die Arbeiten zur praktischen Durchführung Ihrer Entscheidung vom 23. September 1940 über die Eheschliessung zwischen deutschen Staatsangehörigen und Protektoratsangehörigen vorerst abgeschlossen worden. Um Mischehen zwischen Deutschen und Tschechen, die wegen rassischer Minderwertigkeit eines Teiles unerwünscht sind, verhindern zu können, wurde demnach für den tschechischen Teil ein Ehefähigkeitszeugnis eingeführt. Auf Grund eines gemeinsamen Erlasses mit dem Reichsminister des Innern haben die zur Bestätigung der Ehefähigkeitszeugnisse berufenen Verwaltungsbehörden (Oberlandräte bzw. Regierungspräsidenten) die Entscheidung durch Erhebungen vorzubereiten und geeignete Unterlagen für eine rassische, erbgesundheitliche, charakterliche, politische, volkspolitische und soziale Beurteilung zu beschaffen. Zur Herausgabe der vorgesehenen Richtlinien, nach denen Ehefähigkeitszeugnisse bestätigt oder versagt werden sollen, ist zunächst praktische Erfahrung nötig. Ich habe mir deshalb im Protektoratsgebiet und der Reichsminister des Innern im Reichsgebiet ausserhalb des Protektorats vorerst die Entscheidung für jeden einzelnen Fall der Eheschliessung vorbehalten. Durch eine schriftliche Erklärung beider Eheleute ist sichergestellt, dass die Kinder deutsch erzogen und in deutsche Schulen geschickt werden.

gefällt

F. Hagen
der belandeten
Klausur
der für
der nach
Margarine
Hölgern

F. Hagen für die...
anprophe...
guten

Die zusätzliche Fettversorgung für die deutsche Bevölkerung im Protektorat ist mit Wirkung vom 1. April ds. Js. eingeführt worden. Sie muss in Form von Margarine gewährt werden, da Butter

F. Hagen die Kapazität...
in...
auf...
Behaltung

aus dem Reich nicht zur Verfügung steht. Dies bedeutet, dass der Deutsche im Protektorat trotz dieser politisch nicht unbedenklichen und technisch sehr schwierigen Sondermassnahme nach wie vor nur 70 g Butter in 4 Wochen zugeteilt erhält.

Auf dem Gebiet des Arbeitseinsatzes wird im Einvernehmen mit der Rüstungsinspektion Prag alles getan, um den wachsenden Anforderungen des Reiches auf Abgabe von Arbeitskräften gerecht zu werden. Der Vermittlung von Arbeitern, vor allem von Facharbeitern, in das übrige Reichsgebiet ist dadurch eine Grenze gesetzt, dass die Kapazitäten der Rüstungsindustrie im Protektorat zur Zeit stark erweitert werden. Dies wird im Protektorat selbst einen erheblichen Mehrbedarf an Arbeitskräften bedingen, der in erster Linie gedeckt werden muss.

In der Lohnpolitik soll auf der nunmehr durch Tarifordnungen festgelegten Lohnenebene ein strenger Lohnstop durchgeführt werden. Dies stösst auf grosse Schwierigkeiten, da die Autorität des autonomen Sozialministeriums und seines Unterbaues zur Durchführung dieser sehr unpopulären, aber unumgänglich notwendigen Massnahme ^{gegenüber dem Reich für unzureichend} nicht ausreicht. Es wird deshalb zur Zeit erwogen, wie diesem Uebelstand abgeholfen werden kann.

F/15
M.2.

650 Falls geringen mind, um geatmet
Herausfiposte. In all diesen Dingen

wird angapaltetes ~~Herausfiposte~~ ~~Wahlrecht~~ ein
bisher pändiges Hfuf. Kellobtim (Königreich
Königreich Geringe) aus.
Mit rationaler, weisen auf von wirtschaftl.
~~Wirtschaft~~ Futurismus in diesem Falle das fallen,
mit mit zu den geringen geizigsten
der Lebens, Kapital Geringe
Herausfiposte angelaßt haben, wenn dieser
a der billigen Leben wegen Hfuf. D.
massen in der Land auswärts in.
Herausfiposte (König, König, König)



Herausfiposte gegen die Hfuf. D.
die Hfuf. D. politische Bedeutung, werden
Lagegen die Hfuf. D. Hfuf. D.
aus in diesem Falle auf die Hfuf. D.
Lagegen die Hfuf. D. Hfuf. D.
industriell für die Hfuf. D.
Herausfiposte, die Hfuf. D.
Herausfiposte Hfuf. D. Hfuf. D.
Herausfiposte Hfuf. D. Hfuf. D.
Herausfiposte Hfuf. D. Hfuf. D.
Herausfiposte Hfuf. D. Hfuf. D.
Herausfiposte Hfuf. D. Hfuf. D.

Bericht über die politische Lage im Protektorat Böhmen und Mähren für die Zeit vom 10.4. - 10.5.1941.

Das Protektorat stand in der Berichtszeit stimmungsmässig überwiegend unter dem Einfluss von Gerüchten, die sich mit einer bevorstehenden kriegerischen Auseinandersetzung zwischen Deutschland und Russland befassten. Die Auswirkung dieser Stimmung bestand im Wesentlichen in einer Verstärkung des deutschen Risikos, auf das ich im Vorbericht hingewiesen habe und das darin besteht, dass für die Kriegsführung des Reiches wesentliche Einrichtungen des Protektorats Sabotagehandlungen ausgesetzt sein können. Vorbeugende Massnahmen führten zu einer umfassenden Aktion der Geheimen Staatspolizei gegen die illegale Sozialdemokratische Bewegung. Die Aktion wurde ausgelöst, weil die illegale Sozialdemokratische Partei mit einer planmässigen Sabotageaktion beginnen wollte. (Es sollen z.B. aus den Schmierblöcken der Eisenbahnwagons (Militärtransporte) die Ölbohrer entfernt werden, um ein Heisslaufen der Lager zu verursachen.)

Unter den Festgenommenen befindet sich der langjährige Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei in der ehemaligen CSR, Anton H a m p l, der auch jetzt noch wichtige Funktionen in der gesamten Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung im Protektorat inne hat.

Die Zunahme des Widerstandswillens in der breiten Masse war ausserdem Anlass zu einem Betätigungsverbot für den gesamten Sokolverband. Nach dieser Aktion gab der Londoner Rundfunk bekannt, dass in London das "Hauptquartier des tschechischen, jugoslawischen und polnischen Sokols" geschaffen

wurde, das die Mitglieder des Sokols unter seinen Schutz stellt.

Die Arbeiten zur praktischen Durchführung Ihrer Entscheidung vom 23. September 1940 über die Eheschliessung zwischen deutschen Staatsangehörigen und Protektoratsangehörigen sind vorerst abgeschlossen. Um Missgehen zwischen Deutschen und Tschechen, die wegen rassistischer Minderwertigkeit eines Teiles unerwünscht sind, verhindern zu können, wurde für den tschechischen Teil ein Ehefähigkeitszeugnis eingeführt. Die Entscheidung über die Bestätigung des Ehefähigkeitszeugnisses und damit die Genehmigung der Eheschliessung wird nach Beschaffung geeigneter Unterlagen für eine rassistische, erbgene, charakterliche, politische, volkspolitische und soziale Beurteilung gefällt. Wegen der besonderen Schwierigkeit der Entscheidung und der weittragenden Folgen habe ich mir für das Protektoratsgebiet vorerst die Entscheidung für jeden einzelnen Fall der Eheschliessung vorbehalten. Dasselbe hat der Reichsinnenminister für das Reichsgebiet ausserhalb des Protektorates getan. Durch eine schriftliche Erklärung beider Eheleute wird sichergestellt, dass die Kinder deutsch erzogen und in deutsche Schulen geschickt werden.

Die zusätzliche Fettversorgung für die deutsche Bevölkerung im Protektorat ist mit Wirkung vom 1. April d. Js. eingeführt worden. Sie muss in Form von Margarine gewährt werden, da Butter aus dem Reich nicht zur Verfügung steht. Dies bedeutet, dass der Deutsche im Protektorat trotz dieser politisch nicht unbedenklichen und technisch sehr schwierigen Sondermassnahme nach wie vor nur 70 g Butter in 4 Wochen zugeteilt erhält.

Auf dem Gebiet des Arbeitseinsatzes wird im Einvernehmen mit der Rüstungsinspektion alles getan, um den wachsenden Anforderungen des Reiches auf Abgabe von Arbeitskräften gerecht zu werden. Der Vermittlung von Arbeitern, vor allem von Facharbeitern, in das übrige Reichsgebiet ist dadurch

eine Grenze gesetzt, dass die Kapazitäten der Rüstungsindustrie im Protektorat zur Zeit stark erweitert werden. Dies wird im Protektorat selbst einen erheblichen Mehrbedarf an Arbeitskräften bedingen, der in erster Linie gedeckt werden muss.

In der Lohnpolitik soll auf der nunmehr durch Tarifordnungen festgelegten Lohnebene ein strenger Lohnstopp durchgeführt werden. Dies stößt auf Schwierigkeiten, da die Autorität des autonomen Sozialministeriums und seines Unterbaues zur Durchführung dieser sehr unpopulären, aber unumgänglich notwendigen Maßnahme gegenüber den deutschen Betrieben nicht ausreicht. Es wird deshalb zur Zeit erwogen, wie diesem Übelstand abgeholfen werden kann.



Bericht über die politische Lage im Protektorat Böhmen und Mähren für die Zeit vom 10.4. - 10.5.1941.

Das Protektorat stand in der Berichtszeit stimmungsmässig überwiegend unter dem Einfluss von Gerüchten, die sich mit einer bevorstehenden kriegerischen Auseinandersetzung zwischen Deutschland und Russland befassten. Die Auswirkung dieser Stimmung bestand im Wesentlichen in einer Verstärkung des deutschen Risikos, auf das ich im Vorbericht hingewiesen habe und das darin besteht, dass für die Kriegsführung des Reiches wesentliche Einrichtungen des Protektorats Sabotagehandlungen ausgesetzt sein können. Vorbeugende Massnahmen führten zu einer umfassenden Aktion der Geheimen Staatspolizei gegen die illegale Sozialdemokratische Bewegung. Die Aktion wurde ausgelöst, weil die illegale Sozialdemokratische Partei mit einer planmässigen Sabotageaktion beginnen wollte. (Es sollen z.B. aus den Schmierblöcken der Eisenbahnwagons (Militärtransporte) die Ölbohrer entfernt werden, um ein Heisslaufen der Lager zu verursachen.)

Unter den Festgenommenen befindet sich der langjährige Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei in der ehemaligen CSR, Anton H a m p l, der auch jetzt noch wichtige Funktionen in der gesamten Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung im Protektorat inne hat.

Die Zunahme des Widerstandswillens in der breiten Masse war ausserdem Anlass zu einem Betätigungsverbot für den gesamten Sokolverband. Nach dieser Aktion gab der Londoner Rundfunk bekannt, dass in London das "Hauptquartier des tschechischen, jugoslawischen und polnischen Sokols" geschaffen

wurde, das die Mitglieder des Sokols unter seinen Schutz stellt.

Die Arbeiten zur praktischen Durchführung Ihrer Entscheidung vom 23. September 1940 über die Eheschliessung zwischen deutschen Staatsangehörigen und Protektoratsangehörigen sind vorerst abgeschlossen. Um Misshandlungen zwischen Deutschen und Tschechen, die wegen rassistischer Minderwertigkeit eines Teiles unerwünscht sind, verhindern zu können, wurde für den tschechischen Teil ein Ehefähigkeitszeugnis eingeführt. Die Entscheidung über die Bestätigung des Ehefähigkeitszeugnisses und damit die Genehmigung der Eheschliessung wird nach Beschaffung geeigneter Unterlagen für eine rassistische, erbgesundheitliche, charakterliche, politische, volkspolitische und soziale Beurteilung gefällt. Wegen der besonderen Schwierigkeit der Entscheidung und der weittragenden Folgen habe ich mir für das Protektoratsgebiet vorerst die Entscheidung für jeden einzelnen Fall der Eheschliessung vorbehalten. Dasselbe hat der Reichsinnenminister für das Reichsgebiet ausserhalb des Protektorates getan. Durch eine schriftliche Erklärung beider Eheleute wird sichergestellt, dass die Kinder deutsch erzogen und in deutsche Schulen geschickt werden.

Die zusätzliche Fettversorgung für die deutsche Bevölkerung im Protektorat ist mit Wirkung vom 1. April d. Js. eingeführt worden. Sie muss in Form von Margarine gewährt werden, da Butter aus dem Reich nicht zur Verfügung steht. Dies bedeutet, dass der Deutsche im Protektorat trotz dieser politisch nicht unbedenklichen und technisch sehr schwierigen Sondermassnahme nach wie vor nur 70 g Butter in 4 Wochen zugeteilt erhält.

Auf dem Gebiet des Arbeitseinsatzes wird im Einvernehmen mit der Rüstungsinspektion Prag alles getan, um den wachsenden Anforderungen des Reiches auf Abgabe von Arbeitskräften gerecht zu werden. Der Vermittlung von Arbeitern, vor allem von Facharbeitern, in das übrige Reichsgebiet ist dadurch

eine Grenze gesetzt, dass die Kapazitäten der Rüstungsindustrie im Protektorat zur Zeit stark erweitert werden. Dies wird im Protektorat selbst einen erheblichen Mehrbedarf an Arbeitskräften bedingen, der in erster Linie gedeckt werden muss.

In der Lohnpolitik soll auf der nunmehr durch Tarifordnungen festgelegten LohnEbene ein strenger Lohnstop durchgeführt werden. Dies stößt auf Schwierigkeiten, da die Autorität des autonomen Sozialministeriums und seines Unterbaues zur Durchführung dieser sehr unpopulären, aber unumgänglich notwendigen Maßnahme gegenüber den deutschen Betrieben nicht ausreicht. Es wird deshalb zur Zeit erwogen, wie diesem Übelstand abgeholfen werden kann.



72

Bericht über die politische Lage im Protektorat Böhmen
und Mähren für die Zeit vom 10.4. - 10.5.1941.

Das Protektorat stand in der Berichtszeit stimmungsmäßig überwiegend unter dem Einfluß von Gerüchten, die sich mit einer bevorstehenden kriegerischen Auseinandersetzung zwischen Deutschland und Rußland befaßten. Die Auswirkung dieser Stimmung bestand im Wesentlichen in einer Verstärkung des deutschen Risikos, auf das ich im Vorbericht hingewiesen habe und das darin besteht, dass für die Kriegsführung des Reiches wesentliche Einrichtungen des Protektorats Sabotagehandlungen ausgesetzt sein können. Vorbeugende Maßnahmen führten zu einer umfassenden Aktion der Geheimen Staatspolizei gegen die illegale Sozialdemokratische Bewegung. Die Aktion wurde ausgelöst, weil die illegale Sozialdemokratische Partei mit einer planmässigen Sabotageaktion beginnen wollte. (Es sollten z.B. aus den Schmierbüchsen der Eisenbahnwagons (Militärtransporte) die Öldochte entfernt werden, um ein Heißlaufen der Lager zu verursachen).

Unter den Festgenommenen befindet sich der langjährige Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei in der ehemaligen CSR, Anton H a m p l , der auch jetzt noch wichtige Funktionen in der gesamten Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung im Protektorat inne hat.

Die Zunahme des Widerstandswillens in der breiten Masse

73

war ausserdem Anlaß zu einem Betätigungsverbot für den gesamten Sokolverband. Nach dieser Aktion gab der Londoner Rundfunk bekannt, daß in London des "Hauptquartier des tschechischen, jugoslawischen und polnischen Sokols" geschaffen wurde, das die Mitglieder des Sokols unter seinen Schutz stellt. Staatspräsident Dr. H á c h a hat wider Erwarten bei mir nicht interveniert, sondern im Gegenteil zum Ausdruck gebracht, daß er das ausgebrachte Betätigungsverbot als Erleichterung empfände. Die aus dem deutschfeindlichen Verhalten einiger Minister hervorgegangene Krise der Protektoratsregierung, über die ich berichtet habe, hat bemerkenswerte Weise keine besondere stimmungsmässige Auswirkung gezeigt. Der Staatspräsident hat mir nach der Amtsenthebung des Ministers H a v e l k a seine persönliche Befriedigung über diese Lösung mitgeteilt.

Die Arbeiten zur praktischen Durchführung Ihrer Entscheidung vom 23. September 1940 über die Eheschliessung zwischen deutschen Staatsangehörigen und Protektoratsangehörigen sind vorerst abgeschlossen. Um Mischehen zwischen Deutschen und Tschechen, die wegen rassischer Minderwertigkeit eines Teiles unerwünscht sind, verhindern zu können, wurde für den tschechischen Teil ein Ehefähigkeitszeugnis eingeführt. Die Entscheidung über die Bestätigung des Ehefähigkeitszeugnisses und damit die Genehmigung der Eheschliessung wird nach Beschaffung geeigneter Unterlagen für eine rassische, erbgesundheitliche, charakterliche, politische, volkspolitische und soziale Beurteilung gefällt. Wegen der besonderen Schwierigkeiten der Entscheidung und der weittragenden Folgen habe ich mir für das Protektoratsgebiet vorerst die Entscheidung für jeden einzelnen Fall der Eheschliessung vorbehalten. Dasselbe hat der Reichsinnenminister für das Reichsgebiet ausserhalb des Protektorates getan. Durch eine schriftliche Erklärung beider Eheteile ist sichergestellt, dass die Kinder deutsch-erzogen und in deutsche Schulen geschickt werden.

Die zusätzliche Fettversorgung für die deutsche Bevölkerung im Protektorat ist mit Wirkung vom 1. April d.Js. eingeführt worden. Sie muss in Form von Margarine gewährt werden, da Butter aus dem Reich nicht zur Verfügung steht. Dies bedeutet, dass der Deutsche im Protektorat trotz dieser politisch nicht unbedenklichen und technisch sehr schwierigen Sondermassnahme nach wie vor nur 70 g Butter in 4 Wochen zugeteilt erhält.

Auf dem Gebiet des Arbeitseinsatzes wird im Einvernehmen mit der Rüstungsinspektion Prag alles getan, um den wachsenden Anforderungen des Reiches auf Abgabe von Arbeitskräften gerecht zu werden. Der Vermittlung von Arbeitern, vor allem von Facharbeitern, in das übrige Reichsgebiet ist dadurch

4/4a

eine Grenze gesetzt, dass die Kapazitäten der Rüstungsindustrie im Protektorat zur Zeit stark erweitert werden. Dies wird im Protektorat selbst einen erheblichen Mehrbedarf an Arbeitskräften bedingen, der in erster Linie gedeckt werden muss.

In der Lohnpolitik soll auf der nunmehr durch Tarifordnungen festgelegten Lohnenebene ein strenger Lohnstop durchgeführt werden. Dies stößt auf Schwierigkeiten, da die Autorität des autonomen Sozialministeriums und seines Unterbaues zur Durchführung dieser sehr unpopulären, aber unumgänglich notwendigen Massnahme gegenüber den deutschen Betrieben nicht ausreicht. Es wird deshalb zur Zeit erwogen, wie diesem Uebelstand abgeholfen werden kann.



93085

605

75

Prag, den 15. Mai 1941.

Nr. Rpr. 588 / 41.

Geheim!

Betrifft : Monatliche Berichte über die
allgemeine politische und
wirtschaftliche Lage im Pro-
tektorat Böhmen und Mähren.

Bezug : Schreiben vom 10. April 1941,
St.S. 123 / 41.

Lieber Herr Lammers !

In der Anlage übersende ich Ihnen den Bericht über die
Lage im Protektorat Böhmen und Mähren für die Zeit vom 10.
April bis 10. Mai 1941 in dreifacher Ausfertigung mit der
Bitte, den Bericht gelegentlich dem Führer vortragen zu wol-
len.

Mit bestem Gruss

Heil Hitler !

Ihr
gez. Frhr. von Neurath.



An den
Chef der Reichskanzlei
Herrn Reichsminister Dr. Lammers

Berlin W 8

Voßstr. 6

Bericht über die Lage im Protektorat Böhmen
und Mähren für die Zeit vom 10.4.-10.5.1941

Das Protektorat stand in der Berichtszeit stimmungsmässig überwiegend unter dem Einfluss von Gerüchten, die sich mit einer bevorstehenden kriegerischen Auseinandersetzung zwischen Deutschland und Russland befassten. Die Auswirkung dieser Stimmung bestand im Wesentlichen in einer Verstärkung des deutschen Risikos, auf das ich im Vorbericht hingewiesen habe und das darin besteht, dass für die Kriegsführung des Reiches wesentliche Einrichtungen des Protektorats Sabotagehandlungen ausgesetzt sein können. Vorbeugende Massnahmen führten zu einer umfassenden Aktion der Geheimen Staatspolizei gegen die illegale Sozialdemokratische Bewegung. Die Aktion wurde ausgelöst, weil die illegale Sozialdemokratische Partei mit einer planmässigen Sabotageaktion beginnen wollte.

Die Zunahme des Widerstandswillens in der breiten Masse war ausserdem Anlass zu einem Betätigungsverbot für den gesamten Sokolverband. Nach dieser Aktion gab der Londoner Rundfunk bekannt, daß in London das "Hauptquartier des tschechischen, jugoslawischen und polnischen Sokols" geschaffen wurde, das die Mitglieder des Sokols unter seinen Schutz stellt.

Die Arbeiten zur praktischen Durchführung der Entscheidung

des

des Führers vom 23. September 1940 über die Eheschliessung zwischen deutschen Staatsangehörigen und Protektoratsangehörigen sind abgeschlossen. Um Mischehen zwischen Deutschen und Tschechen, die wegen rassischer Minderwertigkeit eines Teiles unerwünscht sind, verhindern zu können, wurde für den tschechischen Teil ein Ehefähigkeitszeugnis eingeführt. Die Entscheidung über die Bestätigung des Ehefähigkeitszeugnisses und damit die Genehmigung der Eheschliessung wird nach Beschaffung geeigneter Unterlagen für eine rassische, erbgesundheitliche, charakterliche, politische, volkspolitische und soziale Beurteilung gefällt. Wegen der besonderen Schwierigkeit der Entscheidung und der weittragenden Folgen habe ich mir für das Protektoratsgebiet vorerst die Entscheidung für jeden einzelnen Fall der Eheschliessung vorbehalten. Dasselbe hat der Reichsinnenminister für das Reichsgebiet ausserhalb des Protektorates getan. Durch eine schriftliche Erklärung beider Eheleute wird sichergestellt, dass die Kinder deutsch erzogen und in deutsche Schulen geschickt werden.

Die zusätzliche Fettversorgung der deutschen Bevölkerung im Protektorat ist mit Wirkung vom 1. April d.Js. eingeführt worden. Sie muss in Form von Margarine gewährt werden, da Butter aus dem Reich nicht zur Verfügung steht. Dies bedeutet, dass der Deutsche im Protektorat trotz dieser politisch bedenklichen und technisch sehr schwierigen Sondermassnahme nach wie vor nur 70 g Butter in 4 Wochen zugeteilt erhält.

Auf

Auf dem Gebiet des Arbeitseinsatzes wird im Einvernehmen mit der Rüstungsinspektion Prag alles getan, um den wachsenden Anforderungen des Reiches auf Abgabe von Arbeitskräften gerecht zu werden. Der Vermittlung von Arbeitern, vor allem von Facharbeitern, in das übrige Reichsgebiet ist dadurch eine Grenze gesetzt, dass die Kapazitäten der Rüstungsindustrie im Protektorat zur Zeit stark erweitert werden. Dies wird im Protektorat selbst einen erheblichen Mehrbedarf an Arbeitskräften bedingen, der in erster Linie gedeckt werden muss.



Bericht über die politische Lage im Protektorat Böhmen
und Mähren für die Zeit vom 10.4. - 10.5.1941.

Das Protektorat stand in der Berichtszeit stimmungsmässig überwiegend unter dem Einfluss von Gerüchten, die sich mit einer bevorstehenden kriegerischen Auseinandersetzung zwischen Deutschland und Russland befassten. Die Auswirkung dieser Stimmung bestand im Wesentlichen in einer Verstärkung des deutschen Risikos, auf das ich im Vorbericht hingewiesen habe und das darin besteht, dass für die Kriegsführung des Reiches wesentliche Einrichtungen des Protektorats Sabotagehandlungen ausgesetzt sein können. Vorbeugende Massnahmen führten zu einer umfassenden Aktion der Geheimen Staatspolizei gegen die illegale Sozialdemokratische Bewegung. Die Aktion wurde ausgelöst, weil die illegale Sozialdemokratische Partei mit einer planmässigen Sabotageaktion beginnen wollte. (Es sollen z.B. aus den Schmierbüchsen der Eisenbahnwagons (Militärtransporte) die Öldochte entfernt werden, um ein Heisslaufen der Lager zu verursachen.)

Unter den Festgenommenen befindet sich der langjährige Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei in der ehemaligen CSR, Anton H a m p l, der auch jetzt noch wichtige Funktionen in der gesamten Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung im Protektorat inne hat.

Die Zunahme des Widerstandswillens in der breiten Masse war ausserdem Anlass zu einem Betätigungsverbot für den gesamten Sokolverband. Nach dieser Aktion gab der Londoner Rundfunk bekannt, dass in London das "Hauptquartier des tschechischen jugoslawischen und polnischen Sokols" geschaffen

wurde, das die Mitglieder des Sokols unter seinen Schutz stellt.

Die Arbeiten zur praktischen Durchführung Ihrer Entscheidung vom 23. September 1940 über die Eheschliessung zwischen deutschen Staatsangehörigen und Protektoratsangehörigen sind vorerst abgeschlossen. Um Mischehen zwischen Deutschen und Tschechen, die wegen rassischer Minderwertigkeit eines Teiles unerwünscht sind, verhindern zu können, wurde für den tschechischen Teil ein Ehefähigkeitszeugnis eingeführt. Die Entscheidung über die Bestätigung des Ehefähigkeitszeugnisses und damit die Genehmigung der Eheschliessung wird nach Beschaffung geeigneter Unterlagen für eine rassische, erbgesundheitliche, charakterliche, politische, volkspolitische und soziale Beurteilung gefällt. Wegen der besonderen Schwierigkeit der Entscheidung und der weittragenden Folgen habe ich mir für das Protektoratsgebiet vorerst die Entscheidung für jeden einzelnen Fall der Eheschliessung vorbehalten. Dasselbe hat der Reichsinnenminister für das Reichsgebiet ausserhalb des Protektorates getan. Durch eine schriftliche Erklärung beider Eheleute wird sichergestellt, dass die Kinder deutsch erzogen und in deutsche Schulen geschickt werden.

Die zusätzliche Fettversorgung für die deutsche Bevölkerung im Protektorat ist mit Wirkung vom 1. April d. Js. eingeführt worden. Sie muss in Form von Margarine gewährt werden, da Butter aus dem Reich nicht zur Verfügung steht. Dies bedeutet, dass der Deutsche im Protektorat trotz dieser politisch nicht unbedenklichen und technisch sehr schwierigen Sondermassnahme nach wie vor nur 70 g Butter in 4 Wochen zugeteilt erhält.

Auf dem Gebiet des Arbeitseinsatzes wird im Einvernehmen mit der Rüstungsinspektion Prag alles getan, um den wachsenden Anforderungen des Reiches auf Abgabe von Arbeitskräften gerecht zu werden. Der Vermittlung von Arbeitern, vor allem von Facharbeitern, in das übrige Reichsgebiet ist dadurch

eine Grenze gesetzt, dass die Kapazitäten der Rüstungsindustrie im Protektorat zur Zeit stark erweitert werden. Dies wird im Protektorat selbst einen erheblichen Mehrbedarf an Arbeitskräften bedingen, der in erster Linie gedeckt werden muss.

In der Lohnpolitik soll auf der nunmehr durch Tarifordnungen festgelegten Lohnenebene ein strenger Lohnstop durchgeführt werden. Dies stösst auf Schwierigkeiten, da die Autorität des autonomen Sozialministeriums und seines Unterbaues zur Durchführung dieser sehr unpopulären, aber unumgänglich notwendigen Massnahme gegenüber den deutschen Betrieben nicht ausreicht. Es wird deshalb zur Zeit erwogen, wie diesem Übelstand abgeholfen werden kann.

Herrn

Oberregierungsrat Dr. G i e s

Betr.: Note des Auswärtigen Amtes an die Sowjet-Regierung.

Die fragliche Stelle der Ausführungen über das Protektorat lautet:

"Daneben wurde eine intensive Zersetzungsarbeit nach den von Deutschland besetzten Gebieten, insbesondere nach dem Protektorat und dem besetzten Frankreich, aber auch nach Norwegen, Holland, Belgien usw. betrieben. Die sowjetrussischen Vertretungen, so besonders das Generalkonsulat in Prag leisteten hierbei wertvolle Hilfestellung...."

Für die tschechische Übersetzung wurde der erste Satz von uns wie folgt abgeändert:

"Daneben wurde eine intensive Zersetzungsarbeit nach dem Protektorat und nach den von Deutschland besetzten Gebieten, insbesondere Frankreich, aber auch nach Norwegen, Holland, Belgien usw. betrieben...."

Geheim

Uy.
S. a. d.
L. (L. 1012. 47.

[Handwritten signature]
10.7.

Der Leiter der Abteilung IV
(Kulturpolitik)

83

Abt. IV Prot. 231/Wuz-313 (1) g

Prag, 15. Juli 1941.

Geheim

Herrn
Staatssekretär.

Unter Bezugnahme auf meinen heutigen Vortrag
lege ich Ihnen beigefügt den Bericht über die
Stimmung im Protektorat Böhmen und Mähren in der Zeit
vom 1. bis 15. Juli 1941 an Herrn Reichsminister
Dr. Goebbels vor.

Anlage.

1/2
S. a. C.
(Dachau).
1. 10/4. 47.

Prag, 15. Juli 1941

IV Pro 2031/Uuz-313(1) g.

Bericht über die Stimmung im Protektorat Böhmen und Mähren
in der Zeit vom 1. bis 15. Juli 1941.

Auf Grund des Fernschreibens Nr. 51 der Abteilung Propaganda vom 12. 7. 1941 erstatte ich folgenden Bericht für Herrn Reichsminister Dr. Goebbels:

Die Stimmung der Bevölkerung in der ersten Juli-Hälfte war im allgemeinen gegenüber der Darstellung im Juni-Bericht vom 5. 7. 1941 unverändert. Gerüchte über eine angeblich beabsichtigte Mobilisierung der Tschechen gegen Sowjetrußland bzw. eine Einberufung zum Arbeitsdienst waren stärker im Umlauf und beeinflussten die allgemeine Stimmung, die im übrigen nach wie vor in erster Linie durch die andauernden Mängel der Versorgungslage bestimmt wird. Hinzu kommt, dass die unzureichende Versorgung mit Zigaretten namentlich bei der Arbeiterbevölkerung grosse Unzufriedenheit hervorruft.

Die vorübergehende Schweigsamkeit der OKW-Berichte über die Kriegslage im Osten und die Nachricht von der Besetzung Islands durch die USA verstärkten die tschechischen Hoffnungen auf eine deutsche Niederlage. Die Flüsterpropaganda beschäftigte sich, zweifellos infolge ausländischer Rundfunkpropaganda mit der Prophezeiung von Streiks und sonstigen kommenden Schwierigkeiten, wobei das Datum 14. 7. eine gewisse Rolle spielte. Die Meldungen über den Durchbruch durch die Stalin-Linie haben auf die Tschechen einen noch stärkeren Eindruck gemacht als die Sondermeldungen am 29. 6. 41 und zu einer erheblichen Ernüchterung geführt.

Die deutschen Kriegswochenschauen finden auch in der tschechischen Bevölkerung grosses Interesse. Störungen bei solchen Filmvorführungen sind im Gegensatz zum Jahr 1939/40 nicht mehr zu verzeichnen gewesen.

Als Massnahme gegen die V-Malerei wurden im Protektorat

Rundfunkgeräte bei solchen Tschechen beschlagnahmt, die zu betont deutschfeindlichen Kreisen gehören (Legionäre u.a.). Es wurden jeweils 20 Geräte beschlagnahmt, wenn V-Zeichen an einem deutschen Gebäude und 10, wenn solche an einem tschechischen Gebäude festgestellt wurden. Insgesamt sind bisher im Protektorat Geräte eingezogen worden. Durch die Beschlagnahmung der Rundfunkgeräte ist das Gerücht entstanden, dass nunmehr eine allgemeine Einziehung der Rundfunkgeräte bei den Tschechen kommen würde.

In den nächsten Tagen wird die V-Gegenaktion einsetzen.

Der Hus-Tag und der katholische Feiertag Cyrill und Method verliefen überall ruhig und ohne Zwischenfälle. Die kirchlichen Veranstaltungen zeigten stellenweise eine betonte tschechisch-nationale Tendenz.

Das kulturelle Leben der Tschechen ist ausserordentlich rege; namentlich auf dem Gebiet des Theaters und der Musik zeigen bereits jetzt Vorankündigungen für die kommende Saison eine steigende Intensivierung. Zahllose Veranstaltungen stehen im Zeichen des Dvořak-Gedenkjahres.

Die deutsch-tschechische Gemeinschaftsfilmproduktion hat von mir den Auftrag erhalten, einen Film über das Leben des tschechischen Komponisten Smetana herzustellen. Mit diesem Film, der die tatsächliche Abhängigkeit Smetanas von der deutschen Musikkultur zeigen wird, soll einer bestimmten tschechischen Kulturpropaganda entgegengewirkt werden.

Die tschechische Presse hat sich in der Berichtszeit wieder durchaus bewährt. Zur Lage im Osten und zum Kampf gegen Bolschewismus und Plutokratie wurden sehr brauchbare, gute Artikel und Kommentare z.T. durchaus aus eigener Initiative geschrieben. Der Hauptschriftleiter eines tschechischen Blattes in Mähren hat an den Staatspräsidenten Dr. Hacha die Bitte gerichtet, sein Gesuch um Verwendung als Kriegsberichterstatter an der Ostfront zu befürworten.

Leiter der Abteilung IV
(Kulturpolitik)

IV 31/Unz-313 (2)

Büro des Staatssekretärs
beim Reichsprotektor
in Böhmen und Mähren.

Eing.: 8. AUG. 1941

Tgb. Nr.:

Prag, 5. August 1941.

86

Geheim

Herrn
Staatssekretär.

Beigefügt lege ich eine Aufzeichnung über die Stimmung
im Protektorat Böhmen und Mähren in der Zeit vom 15. Juli
bis 5. August 1941 an Herrn Reichsminister Dr. Goebbels vor.
Es handelt sich im Wesentlichen um einen im Einvernehmen
mit dem SD-Leitabschnitt Prag verfaßten Auszug aus dessen
Juli-Bericht.

1 Anlage.

Hj
z. d. d.
(Liedner)

1 7/8.47

87

Aufzeichnung über die Stimmung im Protektorat
Böhmen und Mähren in der Zeit vom 15. Juli bis
5. August 1941.

Im Monat Juli wurde eine zunehmende Versteifung der deutschfeindlichen Haltung und des passiven Widerstandes der Tschechen festgestellt. Diese Gesinnung der überwiegenden Masse des tschechischen Volkes trat bei der am 17. Juli einsetzenden V-Propaganda deutlich in Erscheinung. Die ausserordentlich umfangreiche Schmieraktion gegen die deutsche V-Propaganda erbrachte erneut den Beweis für das starke Abhören des Londoner Senders. Die Flüsterpropaganda beschäftigte sich mit angeblichen Zersetzungserscheinungen und örtlichen Misserfolgen des Reiches. Damit wurde die allgemeine Auffassung der Tschechen bestärkt, dass Deutschland den Höhepunkt seiner Erfolge überschritten habe und dem Angriff Englands, Sowjetrusslands und der USA am Ende doch erliegen müsse. Daher wurden zahlreiche Äusserungen festgestellt, dass vielleicht schon in wenigen Monaten mit einer Wiederherstellung der Tschechoslowakei zu rechnen sei. Deutschfreundliche Tschechen wurden nach wie vor terrorisiert passiver Widerstand und Schikanen gegen Deutsche waren die Folge dieser Stimmung. Demgegenüber trat die im Juni-Bericht erwähnte Furcht vor dem Bolschewismus zurück. Verschiedene Schwierigkeiten in der Versorgung trugen dazu bei, die deutschfeindliche Stimmung zu verstärken. Der seinerzeit katastrophale Kartoffelmangel, der nunmehr allerdings langsam behoben wird, sodann die schlechte Belieferung von Obst und Gemüse, vor allem aber auch die ausserordentlich starke Tabakverknappung beeinflussen die Stimmung der Bevölkerung weitgehendst.

87a

Die tschechische Presse hat sich im Berichtabschnitt wieder durchaus bewährt. Vor allem bei der Durchführung der V-Aktion hat sie publizistisches Geschick und eine beachtliche Schlagfertigkeit bewiesen. Trotz der knappen Vorbereitungszeit für den Beginn der Aktion haben die verantwortlichen Schriftleiter die gegebenen Anregungen sehr geschickt und propagandistisch wirksam in die Tat umgesetzt. Hervorzuheben sind die guten Eigenarbeiten namhafter Blätter wie Večer, mit mehreren Artikeln aus der Feder des bekannten Hauptschriftleiters Krychtalek, ferner AZ, Národní Politika und Poledná List.

Das allgemeine Interesse an der tschechischen Presse ist in den vergangenen Monaten ausserordentlich gestiegen. Sowohl die Prager Tageszeitungen als auch die Blätter in den grösseren Provinzstädten - sowie die illustrierten Zeitungen erfreuen sich erhöhter Nachfrage. Sogar solche Blätter, die wegen ihrer sehr betont deutschfreundlichen Haltung zeitweilig boykottiert wurden, waren täglich fast ausverkauft; während früher fast 20% unverkauft blieben, waren es im Monat Juli nur 2 - 3%. Der Grund dieser Entwicklung liegt einmal in den politischen und militärischen Ereignissen, zum anderen aber auch in dem fast ausnahmslos beachtlichen Niveau der tschechischen Presse begründet. Einzelne negative Erscheinungen, kleinere Notizen mit gewissen Spitzen hinsichtlich der wirtschaftlichen Lage, u.ä. sind für das Gesamtbild der tschechischen Presse ohne Bedeutung.



93072

Der Ausbruch des Krieges hat naturgemäss gewisse panslawistische Ideen bei den Tschechen neu aufleben lassen, diese sind jedoch im Vergleich mit den sehr deutlich zur Schau getragenen Gefühlen der Tschechen bei Beginn der jugoslawischen Krise und der panslawistischen Einstellung im Weltkrieg nicht zu vergleichen. Die führenden tschechischen Kreise haben zweifellos Angst vor dem Bol-

schewismus; alle illegalen tschechischen Flugblätter, die sich mit dem deutsch-russischen Kriege befassen, beschäftigen sich auch mit dem Fenslawismus.

Die Juden im Protektorat zeigen seit Beginn des Feldzuges gegen Sowjetrussland ein freches und herausforderndes Benehmen. Die deutsche und tschechische Bevölkerung erwartet, dass eine Kennzeichnung der Juden erfolgt. Die tschechische Presse hat sich bereits mit dieser Frage beschäftigt.

Die V-Aktion setzte im Protektorat am 17. Juli schlagartig ein. Wie bereits laufend berichtet wurde, ist diese Propagandawelle in ständig steigendem Masse bis heute vorangetrieben worden. Sie bestimmt seither das Bild der Städte und Ortschaften des gesamten Protektorats. Für die Durchführung der Aktion wurden weitestgehend auch die tschechischen Behörden eingespannt, die auftragsgemäss gearbeitet haben.

ge. upigouy

Der Abteilungsleiter IV
Nr. 2031/Uuz-313 (2)g

Prag, 20. August 1941.

89

Herrn
Staatssekretär.

Beigefügt lege ich eine Aufzeichnung über die Stimmung und Lage im Protektorat Böhmen und Mähren in der Zeit vom 11. bis 18. August 1941 an Herrn Reichsminister Dr. Goebbels vor.

1 Anlage.

2.
S. u. d.
(Geh. u.) / *22/8.47*

90

Aufzeichnung für Herrn Reichsminister Dr. Goebbels
über die Stimmung bzw. Lage im Protektorat Böhmen
und Mähren in der Zeit vom 11. bis 13. August 1941.

Stimmung und Lage sind im wesentlichen unverändert. Zweifellos wird der feindliche Rundfunk in den Städten, aber auch auf dem flachen Lande, in grösserem Umfang abgehört. Tschechischerseits wurden die Sondermeldungen vom 14.8. nicht besonders beachtet. Man erklärte, auch wenn Moskau bald eingenommen werde, stehe noch ein sehr langer Krieg bevor, da Stalin bis zum Letzten kämpfen und nicht kapitulieren werde. Es sei daher mit einem Winterfeldzug zu rechnen. An verschiedenen Stellen der Ostfront habe die deutsche Wehrmacht riesige Rückschläge und ungeheurere Verluste erlitten. Der Führer könne den Krieg unmöglich fortsetzen, da es ihm an Lebensmitteln und vor allem an Kriegsmaterial fehle. Aus diesem Grunde habe er den Amerikanern ein Friedensangebot unterbreitet, das jedoch abgelehnt worden sei. Es wird angenommen, dass die Türkei gegen Deutschland in den Krieg eintreten werde. England und die USA. würden nach stärkerer Rüstung im nächsten Jahr einen grossen Schlag gegen die Achsenmächte führen. An eine Offensive gegen England könne in diesem Jahre nicht mehr gedacht werden. Auf Grund von Informationen von Tschechen, die aus dem Altreich kommen, wird von einer wachsenden Unzufriedenheit der deutschen Stellen berichtet, die bereits jetzt mit einer Einkreisung des von Deutschland besetzter Europas rechnen. Die tschechische Flüsterpropaganda behauptet, die Stimmung der deutschen Bevölkerung im Reich sei namentlich in den luftgefährdeten Gebieten sehr abgeflaut. Gerüchte über unüberwindbare Gegensätze zwischen führenden deutschen Persönlichkeiten werden hartnäckig verbreitet. Diese Gerüchte werden bereits in deutschen Kreisen des Oberlandratsbezirkes Brünn besprochen. Zu den Kriegs-

wochenschaun wird tschechischerseits erklärt, dass sie gestellt seien. Die letzten Sondermeldungen, vor allem der Durchbruch zum Schwarzen Meer, haben in der deutschen Bevölkerung grosse Genugtuung hervorgerufen und eine zuversichtliche Stimmung ausgelöst. Die Haltung der Deutschen, auch der Streudeutschen, ist wieder sehr sicher und selbstbewusst, das feindliche Verhalten der Tschechen nimmt nach vorliegenden Meldungen zu. Dies äussert sich besonders in einer steklenweise wieder auf-gelebten Gegen-V-Aktion.

Unsere V-Propaganda wird in würdiger und wirkungsvoller Weise fortgeführt, da der Londoner Sender die Tschechen nach wie vor ebenfalls zur V-Propaganda anhält. Ein seit längerer Zeit arbeitender tschechischer Geheimsender Nazdar ("Die Stimme des tschechischen Volkes") erklärte am 17.8. zur V-Propaganda: "Hört nicht auf, das V zu schreiben! Es bedeutet unseren Sieg! Euer V soll das Goebbels'sche Überall übertönen. Sie mögen mit ihren Viktoria-Kinos und Viktoria-Strassen versuchen, Euch entgegenzuarbeiten. Schreibt überall das V, es bedeutet unseren grossen Sieg! Euer Wille, Euer Sieg!"

Ferner wurde in der gleichen Sendung u.a. über den Leiter des tschechischen Pressebüros, Oberrat Melč, folgendes erklärt: "Hören Sie auf einen neuen Verleger und Angeber aufmerksam. Es ist Tibor Melč, Vorsitzender des ČTK. Er wurde mit dieser Stelle betraut, von deutscher Seite natürlich, als sein Vorgänger ins KZ befördert wurde. Diese Stelle will er dazu benützen, um uns zu betrügen. Und das in einer Zeit, wo sich nicht ein Einziger mehr zu den Deutschen meldet, sondern wo das ganze tschechische Volk geeint gegen sie steht. Der entscheidende Kampf naht und die Stunde der Vergeltung ist nicht mehr fern. Wir wissen nicht, ob Herr Melč nicht auch im KZ landet, es wäre allerdings möglich, denn

Verrat wird von den Deutschen mit Verrat zurückgezahlt. Sollte Herr Melö dem KZ. entgehen, so wird die Strafe, die wir über ihn verhängen, ungeheuer sein, sodass Melö lieber das KZ. wählen würde, wenn er zu wählen hätte."

Die Ernährungslage ist nach wie vor ausserordentl. angespannt. Grosse Schwierigkeiten bestehen auf dem Fleisch und Fettgebiet. Besonders beunruhigend wirkt die stark eingeschränkte Versorgung der breiten Masse mit Frühkartoffeln. Es ist trotz besonders forcierter Rodung nur möglich, 1 kg. pro Woche an die Rüstungsarbeiter zu geben.

Zur Behebung der Versorgungsschwierigkeiten mit Tabakwaren ist die Einführung der Raucherkarte vorgeesehen. Die Arbeiterschaft begrüsst eine solche Verbrauchslenkung. Frauen werden keine Raucherkarte erhalten.



Leiter der Abteilung IV
(Kulturpolitik)

Prag, 9. September 1941.

Pro 2039/Uuz-313(4) g

Geheim

93

Herrn
Staatssekretär.

Beigefügt lege ich eine Aufzeichnung über die Stimmung und Lage im Protektorat Böhmen und Mähren in der Zeit vom 1. bis 8. September 1941 an Herrn Reichsminister Dr. Goebbels vor.

1 Anlage.

1/2
3. u. d.
(Anlage).
1. 12/9.41.

Aufzeichnung über die Stimmung und Lage im Protektorat
Böhmen und Mähren in der Zeit vom 1. bis 8. September 1941.

In zunehmendem Masse ist eine Versteifung des tschechischen Widerstandswillens festzustellen, wobei die Ernährungsorgen zweifellos im Vordergrund stehen. Den deutschen politischen und militärischen Nachrichten wird von der Mehrzahl der Tschechen überhaupt keine Bedeutung mehr beigemessen. Allgemein besteht die Ansicht, dass der deutsche "Blitzkrieg" an dem zähen Widerstand der Sowjets sein Ende gefunden habe und Deutschland sehr bald mürbe sein wird. Der kommende Winter werde Hungersnot und damit Unruhen und grosse deutsche Verluste in Russland bringen. Ueber angebliche Auseinandersetzungen unter führenden Persönlichkeiten des Reiches, wie über Unzufriedenheiten in anderen besetzten Gebieten, werden die unsinnigsten Gerüchte verbreitet. Besonders wird behauptet, die slowakische Armee sei zu den Russen übergelaufen. Der Besuch des Duce an der Ostfront wird meistens so ausgelegt, dass Italien am Ende seiner Kraft sei und zu einem Sonderfrieden neige. Andererseits wird behauptet, Mussolini habe die Halbinsel Krim und Teile des Kaukasus für Italien gefordert. Ferner wird erklärt, Japans Lage sei schwierig und ungewiss.

Die Drosselung des bisher übermässig ausgebauten tschechischen höheren Schulwesens (besonders die jahrgangweise fortschreitende Auflösung sowie die Aufhebung von Parallelklassen) löste bei der tschechischen Elternschaft Erregung aus und gab zu deutschfeindlichen Aeusserungen Anlass. Der Chefredakteur der "Moravské Noviny" in Brünn, Kožíšek, der seit langen ausserordent-

lich positiv schreibt, erhielt einen anonymen tschechischen Brief folgenden Inhaltes: "Was sagen Sie zu der Neuordnung des tschechischen Schulwesens? Das wird tschechische Tagelöhner für unsere "deutschen Kulturträger" geben, Hauptsache, dass wir alten schon unsere Posten haben und gute Posten."

In erster Linie aber wirkt die ungünstige Versorgungslage verschlechternd auf die Stimmung. Die tatsächlichen Mangelercheinungen besonders in der Kartoffel-Fett- und Fleischversorgung werden durch Gerüchte verstärkt, dass in den nächsten Monaten bestimmte wichtige Lebensmittel überhaupt nicht mehr zu haben sein werden. Die Flüsterpropaganda verstärkt die allgemeine Misstimmung durch die Behauptung, die im Protektorat fehlenden Lebensmittel würden in das Reich verschickt, obwohl dort die Versorgungslage besser sei. Unter der Arbeiterschaft ist allgemein auf Grund der schlechten Ernährungslage eine zunehmende Arbeitsunlust bzw. Neigung zu Streiks und Sabotage zu beobachten.

Vielfach tauchen wieder Voraussagen von "Befreiungsterminen" auf. U.a. wird zunächst der 28. Oktober, der Gründungstag der ehem. Tschecho-Slowakischen Republik, genannt.

Die Tschechen glauben mit nur wenigen Ausnahmen an eine deutsche Endniedriglage, bzw. halten diese für durchaus möglich. Ihre bis dahin andauernde Zurückhaltung ist aus dem Bestreben zu erklären, sich nicht vorzeitig zu exponieren und unnötige Opfer zu vermeiden. Tschechen, die sich noch heute mit Überzeugung für einen deutschen Aussprechen, werden für verrückt erklärt und in jeder Weise terrorisiert.

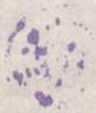
Die gegnerische Meinungsbildung der Tschechen geht zweifellos nach wie vor auf ein weit verbreitetes

96

- 3 -

Abhören ausländischer und illegaler tschechischer Rundfunktendungen (tschechischer Geheimsender "Nazdar") sowie auf deutschfeindliche Flugblätter zurück.

[Faint handwritten notes in blue ink, possibly "1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10."]



83088

Abteilungsleiter IV

2039/Uuz-313(5)g

Prag, 15. September 1941.

97

Geheim!

Herrn
Staatssekretär.

Beigefügt lege ich eine Aufzeichnung über die Stimmung und Lage im Protektorat Böhmen und Mähren in der Zeit vom 8. bis 15. September 1941 an Herrn Reichsminister Dr. Goebbels vor.

1 Anlage.

Mj.
S. a. d.
(Schied)
1. 12/9.41

[Circular stamp]
[Signature]
116/4
St. C. VB-50/41 pf.

Prag, 15. September 1941.

98

Aufzeichnung über die Stimmung bzw. Lage im Protektorat
Böhmen u. Mähren in der Zeit vom 8. bis 15. September 1941.

Vom Londoner Sender und von den tschechischen
Geheimsendern "Nazdar" und dem "Sender zur nationalen Be-
freiung" ist in tschechischer Sprache die Aufforderung zur
"Woche der langsamen Arbeit" ergangen. Wenn auch noch keine
Übersicht über die Wirkung dieser Parole zu gewinnen ist,
so kann doch festgestellt werden, dass sie in der tsche-
chischen Bevölkerung lebhaft besprochen wird und sich an
einzelnen Stellen bereits eine aktive Befolgung dieser Pa-
role gezeigt hat. Es ist dabei zu berücksichtigen, dass
die Stimmung der Arbeiterschaft durch die Ernährungslage
ungünstig beeinflusst wird. Ferner wird vielfach eine Zunahme
von Magen- und Darmerkrankungen z.B. bei der Eisenbahner-
schaft festgestellt.

Die "Woche der langsamen Arbeit" wird unter
den Buchstaben "PP" (pracuj pomalu = arbeite langsam) pro-
pagiert. Das Zeichen "PP" ist bereits in Prag, Brünn und
zahlreichen anderen Stellen im Protektorat angebracht worden.

An verschiedenen Eingangstoren von Schächten in
Kladno wurde folgende tschechische Aufschrift festgestellt:
"Gebt uns Fett, wir können die Hände nicht mehr bewegen".
Nachdem am 9.9. 117 Arbeiter des Rüstungsbetriebes Böhmis-
ch-mährische Maschinenfabrik A.G., Prag, in Prag-Karo-
linenthal Überstundenarbeit verweigert hatten, sodass
staatspolizeilich eingeschritten werden musste, trat am
11.9. die gesamte Belegschaft der Walter-Flugzeugmotorenwer-
ke in Prag in Stärke von 2000 Mann ohne Angabe von Gründen
in den Streik. 150 Mann, die sich auch nach dem Eingreifen
der Geheimen Staatspolizei noch weigerten, zu arbeiten,
wurden vorläufig festgenommen. Dieser Streikfall ist unter

der tschechischen Bevölkerung in Prag bereits weithin bekannt und wird als "Hungerstreik" allenthalben mit größter Genugtuung besprochen. ~~Auch die Parole des langweiligen Arbeitens wird in Prag viel erörtert.~~

Am 10.9. mittags haben 17 Arbeiter des Dreifaltigkeitsschachtes in Mähr. Ostrau die Einfahrt zur Schicht mit der Begründung verweigert, man müsse erst gewisse Lohn-differenzen klären. Nachdem die Geheime Staatspolizei die vier Hauptschreiber festgenommen hatte, fahren die anderen Bergleute sofort ein.

Bei der Firma Teerag A.G. in Königgrätz ist die Durchschnittsleistung in der Dachpappenfabrik von 4500 m auf etwas über 3000 m je Schicht abgesunken. Trotz zweimaliger ernster Verwarnung blieben die Arbeiter bei der Behauptung, wegen völlig ungenügender Ernährung trotz guten Willens nicht mehr leisten zu können.

Ferner hat der Londoner Rundfunk wie die beiden obengenannten Sender in tschechischer Sprache eine "Propaganda Aktion" zum Boykott der tschechischen (wie auch der slowakischen) Presse eingeleitet. In dieser Woche sollen keine tschechischen Zeitungen gekauft oder gelesen werden! Die entsprechenden Aufforderungen der drei erwähnten Sender enthalten heftigste Angriffe gegen den Unterzeichneten sowie gegen den Pressegruppenleiter von Wolfram und die massgebenden tschechischen Hauptschriftleiter und Leitartikler. Diese Aktion ist der beste Beweis dafür, wie unangenehm die Tatsache ist, dass es seit langen Jahren ist, einen massgebenden Kreis ausgezeichneter tschechischer Journalisten zu bilden, die zumelst von früherherum ihren Namen besitzen und sich in ihrer Arbeit absolut positiv zum Reich eingestellt haben. Es steht ausser Zweifel, dass diese Journalisten die einzige aktive politische Gruppe im tschechischen Volk in Bezug auf die Erziehung zum Reichsgedanken darstellen. Es liegt auf der Hand, dass man in London hierin eine besondere

Gefahr erblickt. Daher werden diese Journalisten in den Londoner Sendungen in tschechischer Sprache ständig mit ihrem Namen und z.T. mit genauer Wohnungsangabe "angeprangert", bezw. ergeht die offene Aufforderung, sie unschädlich zu machen.

Der Parole der "langsamen Arbeit" wird die tschechische Presse mit einer Aufklärungsaktion entgegentreten, die von dem Gedanken geleitet wird, dass sich das tschechische Volk mit jeder Verschlechterung oder Verlangsamung der Arbeit ins eigene Fleisch schneidet. Es muss allerdings auch dafür Sorge getragen werden, dass nicht im Protektorat, wie leider schon häufig, Plakate von Partei und Reichsdienststellen zum Aushang kommen, die ausschliesslich einen Appell an das deutsche Volk darstellen. So ist es völlig unsinnig, wenn z.B. eine Reichsdienststelle an Betriebe in Mährisch Ostrau (Protektorat) mit fast hundertprozentig tschechischer Arbeiterschaft Plakate mit dem Motto versendet "Deine Arbeit sichert den Sieg". Ein solcher Appell an die deutschen Volksgenossen bewirkt natürlich beim Tschechen das Gegenteil. Auch die Plakate "Gleiches Blut, gleiche Pflicht, gleiche Ehre" sind überall dort unangebracht, wo überwiegend tschechische Arbeiter tätig sind.

Die massgebenden tschechischen Journalisten werden auf meine Veranlassung die Initiative ergreifen, um eine Werbeaktion für die tschechische Presse einzuleiten, damit eventl. Erfolge der Londoner Propaganda aufgefangen werden können.

Die Lage im Protektorat wird von uns als sehr ernst angesehen.

gez. Gregory



DER REICHSPROTEKTOR
BÖHMEN UND MÄHREN
Der Kabinettschef.

101

Nr. Rpr. 1048 / 41.g.

Prag, den 15. September 1941.

Der Befehlshaber der Sicherheitspolizei
u. des SD
Prag
18. IX. 1941
Hozivij

Im Durchdruck

REICHSPROTEKTOR

Herrn Staatssekretär

zur gefälligen Kenntnissnahme übersandt.

Geheim

Handwritten signature in red ink

9. 8.
44 O. v. d. G. J. d. G.
zu Kenntnisnahme.

Handwritten signature in blue ink

Beleg

639

41

44 O. v. d. G. J. d. G. 15/9.41

102
Prag, den 15. September 1941.

Nr. Rpr. 1048 / 41.g.

Geheim!

Betrifft : Monatliche Berichte über die
allgemeine politische und
wirtschaftliche Lage im Pro-
tektorat Böhmen und Mähren.

Bezug : Schreiben vom 9. August d.J.,
Nr. Rpr. 876 / 41.g.

Lieber Herr Lammers !

In der Anlage übersende ich Ihnen den Bericht über die Lage im Protektorat Böhmen und Mähren für die Zeit von 10. August bis zum 10. September 1941 in dreifacher Ausfertigung mit der Bitte, den Bericht mit Rücksicht auf die Dringlichkeit baldigst zur Kenntnis des Führers zu bringen.

Mit bestem Gruss

Heil Hitler !

Ihr

gez. Frhr. von Neurath.

An den

Chef der Reichskanzlei

Herrn Reichsminister Dr. Lammers

Berlin W 9

Voßstr. 6

St. S. VB-5 / 41.g.

Bericht über die politische Entwicklung
in Protektorat Böhmen und Mähren von
lo. 8. bis zum lo. 9. 1941.

103

Die politische Entwicklung in Protektorat war in den letzten Wochen durch eine erhebliche Versteifung des tschechischen Widerstandes gezeichnet, die in der Hauptsache verursacht ist :

- 1.) durch eine Festigung der allgemeinen Ansicht, dass Deutschland den Krieg verlieren müsse,
- 2.) durch eine zunehmende Misstimmung der breiten Masse der Bevölkerung über die weitere Verschlechterung der Versorgungslage.

Die unerwartete Zähigkeit des bolschewistischen Widerstandes gegen das Vordringen der deutschen Wehrmacht und die sonstige aussenpolitische Lage liessen die Ansicht, dass der Höhepunkt der deutschen Erfolge überschritten und eine deutsche Niederlage unabwendbar sei, fast zum Allgemeinut der Tschechen werden. Die politisch exponierten Kreise des Widerstandes zeigten sich zwar noch innerlich zurückhaltend, ergriffen aber in allen Möglichkeiten des Kriegsausganges vorsubversive Massnahmen durch vorzeitigen offenen Widerstand scharfe deutsche Gegenmassnahmen herauszufordern. Unter der Oberfläche ist jedoch überall das

Anstalten

Ansteigen des passiven Widerstandes und der Feindseligkeit gegen alles Deutsche zu beobachten; einzelne Deutsche werden schikaniert, boykottiert und bedroht, deutschfreundliche Tschechen terrorisiert. Für die europäische Bedeutung des deutschen Kampfes gegen den Bolschewismus fehlt fast jedes Verständnis, so dass sogar vereinzelt einsichtige Tschechen aussprechen, dass das Tschechentum damit seine letzte Chance vertoren habe und es sich darüber klar sein müsse, dass die entsprechenden Folgerungen der deutschen politischen Führung nicht ausbleiben können.

Von größter Bedeutung ist es, dass die geschilderte Versteifung der deutschfeindlichen Haltung mehr und mehr auch auf die tschechische Arbeiterschaft übergreift. Die entscheidende Ursache hierfür ist offensichtlich die weitere Verschlechterung der Ernährungslage im Protektorat, die vor allem infolge des ausserordentlichen Kartoffelmangels bei gleichzeitiger Knappheit und Qualitätsverminderung von Brot und Wehl, sowie Herabsetzung bzw. Nichtlieferbarkeit der bisherigen Fett- und Fleischrationen stellenweise schon katastrophale Formen annimmt. (Bei Kartoffeln haben wir bereits mit der Rodung der nicht ausgereiften mittelfrühen und Spätkartoffel begonnen und zur Fleischversorgung tiefe Eingriffe in die Viehbestände gemacht.) Als unmittelbare Folge davon ist in zahlreichen industriellen und landwirtschaftlichen Betrieben des Protektorates eine zunehmende Arbeitsunlust und auch ein zum Teil nicht unerheblicher

Leistungsrückgang

Leistungsrückgang zu verzeichnen. Seit dem 10. 8. kam es in 12 Fällen zu vorübergehenden Arbeitsniederlegungen, auch in kriegswichtigen Betrieben, die sämtlich mit der Ernährungslage begründet wurden. Die Nachprüfung der einzelnen Fälle ergab, dass die von den Arbeitern vorgebrachten Klagen zum Teil als berechtigt angesehen werden mussten. Die Gefahr weiterer Streiks ist deshalb bei der ausserordentlich wirksamen Feindpropaganda und bei Andauern der schlechten Versorgungslage trotz des jeweiligen staatspolizeilichen Vorgehens gegen die Rädelführer gegeben. Darüber hinaus ist unter der Arbeiterschaft eine steigende Bereitschaft zur Befolgung der von feindlichen Rundfunk laufend gegebenen Sabotageanweisungen festzustellen; in den letzten vier Wochen waren zahlreiche Sabotagefälle zu verzeichnen, von denen besonders die Durchschneidung von Fernsprechkabeln und von Bremschläuchen an Zügen, die Beschädigung von Maschinen, das Legen von Bränden (in einem Falle z.B. 100.000 l. Benzin) und die absichtliche Herbeiführung eines Gütersagenzusammenstoßes durch falsche Weichenstellung zu erwähnen sind. Eine weitere Zuspitzung dieser Entwicklung ist zu erwarten, wenn nicht die im Bericht vom 10. 7. geforderte Angleichung der Versorgungslage des Protektorats an die des übrigen Reichsgebietes raschest verwirklicht wird.

Die Auswirkungen dieser immer stärker werdenden Versorgungsschwierigkeiten auf die Entwicklung der politischen Lage

in Protektorat sind ernst. Auch die Rüstungsinspektion Prag und die deutschen Unternehmer des hiesigen Raumes weisen, ebenso wie die Parteidienststellen, immer nachdrücklicher auf die Unhaltbarkeit der Ernährungsverhältnisse in Protektorat hin. Abhilfe kann jedoch ohne Zuschussleistungen aus Reichsbeständen nicht geschaffen werden. Wie in einer Staatssekretärbesprechung mit dem Reichsernährungsministerium hierüber gepflogenen Verhandlungen haben zu keinen befriedigenden Ergebnis geführt.

gez. Frhr. von Neurath.

Präsidenten August 41
107

Bericht über die politische Entwicklung im Protektorat
Böhmen und Mähren vom 10.8. bis zum 10.9.1941.

Geheim

R 10/9

Die politische Entwicklung im Protektorat war in den letzten Wochen durch eine erhebliche Versteifung des tschechischen Widerstandsgeistes gekennzeichnet, die in der Hauptsache verursacht ist:

- 1.) durch eine Festigung der allgemeinen Überzeugung, dass Deutschland den Krieg verlieren müsse,
- 2.) durch eine zunehmende Misstimmung der breiten Masse der Bevölkerung über die weitere Verschlechterung der Versorgungslage.

1.
Del. am 15. 9. 1947
bei dem Kongress

h 10/9. 47

Die unerwartete Zähigkeit des bolschewistischen Widerstandes gegen das Vordringen der deutschen Wehrmacht und die sonstige aussenpolitische Lage liessen die Ansicht, dass der Höhepunkt der deutschen Erfolge überschritten und eine deutsche Endniederlage unabwendbar sei, fast zum Allgemeingut der Tschechen werden. Die politisch exponierten Kreise des Tschechentums zeigten sich zwar noch immer äusserlich zurückhaltend, um allen Möglichkeiten des Kriegsausgangs vorzubeugen und nicht durch vorzeitigen offenen Widerstand scharfe deutsche Gegenmassnahmen herauszufordern. Unter der Oberfläche ist jedoch überall das Ansteigen des passiven Widerstandes und der Feindseligkeit gegen alles Deutsche zu beobachten; einzelne Deutsche werden schikaniert, boykottiert und bedroht, deutschfreundliche Tschechen terrorisiert. Für die europäische Bedeutung des deutschen Kampfes gegen den Bolschewismus fehlt fast jedes Verständnis, sodass sogar vereinzelt einsichtige Tschechen aussprechen, dass das Tschechentum damit seine letzte Chance vertan habe und es sich darüber klar sein müsse, dass die entsprechenden Folgerungen der deutschen politischen Führung nicht ausbleiben können.



- 2 -
St. G. 7B-5/41 gpf

Von grösster Bedeutung ist es, dass die geschilderte Versteifung der deutschfeindlichen Haltung mehr und mehr auch auf die tschechische Arbeiterschaft übergreift. Die entscheidende Ursache hierfür ist offensichtlich die weitere Verschlechterung der Ernährungslage im Protektorat, die vor allem infolge des ausserordentlichen Kartoffelmangels bei gleichzeitiger Knappheit und Qualitätsverminderung von Brot und Mehl sowie Herabsetzung bzw. Nichtlieferbarkeit der bisherigen Fett- und Fleischrationen stellenweise schon katastrophale Formen annimmt. (Bei Kartoffeln haben wir bereits mit der Rodung der nicht ausgereiften Mittelfrühen und Spätkartoffel begonnen und zur Fleischversorgung tiefe Eingriffe in die Viehbestände gemacht.) Als unmittelbare Folge davon ist in zahlreichen industriellen und landwirtschaftlichen Betrieben des Protektorates eine zunehmende Arbeitsunlust und ein zum Teil erheblicher Leistungsrückgang zu verzeichnen. Seit dem 10.8. kam es in 12 Fällen zu vorübergehenden Arbeitsniederlegungen auch in kriegswichtigen Betrieben, die sämtlich mit der Ernährungslage begründet wurden. Die Nachprüfung der einzelnen Fälle ergab, dass die von den Arbeitern vorgebrachten Klagen zum Teil als berechtigt angesehen werden mussten. Die Gefahr weiterer Streiks ist deshalb bei der ausserordentlich wirksamen Feindpropaganda und beim Andauern der schlechten Versorgungslage trotz des jeweiligen staatspolizeilichen Vorgehens gegen die Rädelsführer gegeben. Darüber hinaus ist unter der Arbeiterschaft eine steigende Bereitschaft zur Befolgung der vom feindlichen Rundfunk laufend gegebenen Sabotageanweisungen festzustellen; in den letzten vier Wochen waren zahlreiche Sabotagefälle zu verzeichnen, von denen besonders die Durchschneidung zahlreicher Fernsprechkabel und von Bremschläuchen an Zügen, die Beschädigung von Maschinen, das Legen von Bränden (in einem Falle z.B. 100.000 l Benzin)



und die absichtliche Herbeiführung eines Güterzugszusammenstosses durch falsche Weichenstellung zu erwähnen sind. Eine weitere Zuspitzung dieser Entwicklung ist zu erwarten, wenn nicht die im Bericht vom 10.7. geforderte Angleichung der Versorgungslage des Protektorats an die des übrigen Reichsgebietes raschest verwirklicht wird.

Die Auswirkungen dieser immer stärker werdenden Versorgungsschwierigkeiten auf die Entwicklung der politischen Lage im Protektorat sind ausserordentlich ernst. Auch die Rüstungsinspektion Prag und die deutschen Unternehmer des hiesigen Raumes weisen ebenso wie die Parteidienststellen immer nachdrücklicher auf die Unhaltbarkeit der Ernährungsverhältnisse im Protektorat hin. Abhilfe kann jedoch ohne Zuschussleistungen aus Reichsbeständen nicht geschaffen werden. Die in einer Staatssekretärbesprechung mit dem Reichsernährungsministerium hierüber gepflogenen Verhandlungen haben zu keinem befriedigenden Ergebnis geführt.

10885

